

Anzeigenpreise: Die 3 gespaltene Spaltenzeile oder deren Raum 100.— Mart, Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familienanzeigen, Vereins- und Versammlungsanzeigen 40.— Mart. Kleine Anzeigen per Wort 5.— Mart. — Reklamepreis: Die Spaltenzeile 3 gespaltene oder deren Raum im Text 280.— Mart.

Schlesische

Abzugspreis: Durch Ansträger Einzelnummer 200 Mt. 1000.— Mt. pro Woche. Durch die Post Einzelnummer 200 Mt. 1000.— Mt. pro Monat und Guthaft des Differenzbetrages für Monat Juni. — Redaktionsstunde: 5—8 Uhr nachmittags. Postkonto: Breslau Nr. 310 59. — Fernspr.: Breslau, Ring 88 87

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Nummer 114.

Freitag, den 18. Mai 1923.

5. Jahrgang.

Die Proletarier Berlins an der Bahre Worowskis

Coucheur über die Ruhrbefehung

Paris, 16. Mai.

Der ehemalige Minister Coucheur äußerte sich gestern abend in einer öffentlichen Rede in Vincennes über die wirtschaftliche Lage Frankreichs. Er sprach vom Versailler Vertrag und seiner Ausführung und sagte u. a.: Wir konnten in den Vertrag die Reparationsziffer nicht einschreiben lassen, sie mußte begrenzt bleiben durch die Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Wenn man wollte, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt, hätte man ihm die Weltmärkte offen halten müssen. Aber Deutschland ist durch die Inflationspolitik fast ruiniert. Es hat dadurch der Welt beweisen wollen, daß es nicht zahlen kann. Seit einem Jahre führt es fast nichts mehr aus. Trotzdem will aber Frankreich bezahlt sein. Als die Ruhrbefehung vollzogen wurde, war ich kein Anhänger dieser Aktion. Ich habe wohl gedacht, daß man zu Zwangsmaßnahmen kommen müsse, aber ich habe sie im Einverständnis mit allen Mitteilern gewünscht. Die Deutschen hegten die Hoffnung, daß die Welt den Einmarsch mißbilligen werde, Deutschland hat auch geglaubt, daß sich Meinungsverschiedenheiten zwischen den Franzosen, die Anhänger der Ruhrbefehung waren, und denen, die Gegner der Befehung waren, ergeben würden. Deutschland muß sich für befestigt erklären, denn Frankreich ist entschlossen, bis ans bittere Ende zu gehen. Nicht ein Franzose, der dieses Namens würdig ist, kann die Räumung des Ruhrgebietes vor Anerkennung der Rechte Frankreichs billigen. Jemandem muß einreisen, um es Deutschland zu ermöglichen, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Das ist nur möglich durch ein internationale Anleihe. Amerika, das reserviert bleibt, macht eine ernste Krise durch. Geld ist Reichtum, aber nur unter der Bedingung, daß man sich seiner bedient. Für Amerika gibt es nur ein einziges Mittel, Geld auszugeben. Coucheur behauptete dann, daß die von Frankreich verlangte Summe vernünftig sei. Jeder Gedanke der Annexion des Ruhrgebietes liege fern. Die Befehung dieses Gebietes sei kein Zweck, sondern ein Mittel, denn wenn die Befehung bis jetzt anscheinend auch kein Ergebnis habe, so habe sie doch die feste Entschlossenheit Frankreichs gezeigt, bezahlt zu werden. Die Befehung des Ruhrgebietes sei auch eine Garantie. Die Befehung dürfe nur in dem Maße aufgegeben werden, in dem Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt. Eine internationale Anleihe könne Deutschland die Möglichkeit, zu produzieren und zu exportieren, gewähren, damit es in den Stand gesetzt würde, die Reparationen zu bezahlen. Schließlich sprach Coucheur noch von der Sicherheit Frankreichs. Da der amerikanisch-englische Pakt nicht zustande gekommen sei, müßten Maßnahmen auf dem linken Rheinufer getroffen werden. Keine Annexion! Damit würde man den Fehler Bismarcks wieder begehen, der Elsaß-Lothringen annectiert hat. Ein besonderes Statut für die Rheinprovinz sei aber notwendig. Man müsse sie der Herrschaft Preußens entziehen, denn Preußen bedeute Krieg! Außerdem müßte eine internationale Organisation zur Kontrolle der Eisenbahnen auf dem linken Rheinufer geschaffen werden. Frankreich wolle nur sein Recht, aber es wolle auch den Frieden gewinnen.

Die Rede des französischen Gegenspielers von Stinnes beweist, daß der französische Imperialismus mit aller Macht auf die Errichtung eines internationalisierten Rheinstaates hinarbeitet, der den Rahmen für den französisch-deutschen Montantrust bilden soll.

100000 Arbeiter folgten dem Leichenzug

Berlin hat gestern der Welt ein Bild gegeben, das sich die Bourgeoisie tief in ihr Gehirn hineingraben soll, wenn sie ihre Rechnung mit Sowjetrußland machen will.

Zehntausende über Zehntausende, eine Demonstration, größer als die Sonntagsmassenversammlung im Lustgarten, eine Demonstration, wie sie die Kommunistische Partei in Berlin bisher nicht zustande bringen konnte, begleitete den Sarg des Genossen Worowski.

Schon in der achten Morgenstunde hatten sich tausende Arbeiter in der Umgebung des Anhalter Bahnhofes eingefunden, um den ermordeten Genossen und Führer im Namen des revolutionären Proletariats bei seiner Ankunft in Berlin zu begrüßen. Zahlreiche Betriebe hatten Delegationen mit prächtigen Kranzspenden entsandt. Vollzählig hatte sich das Personal der russischen Sowjetvertretung, der Handelsabteilung und der in Berlin weilenden Sowjetkommission eingefunden. Kurz vor 11 Uhr rollte der Zug, der die sterbliche Hülle Worowskis führte, in den Bahnhof ein. Die Arbeiter der Betriebswerkmeisterei des Anhalter Bahnhofes hoben den Sarg auf den rotgeschmückten Leichenwagen und der mächtige Trauerzug setzte sich durch die Mödler- und Wilhelmstraße, an den Regierungsgebäuden und der englischen Gesandtschaft vorbei, nach der russischen Botschaft. Unter den Linden, in Bewegung. Der gestern in Berlin tagende Zentralausschuß der kommunistischen Partei hatte seine Sitzung unterbrochen und folgte geschloffen dem Sarge.

Die Trauerfeier in der Botschaft

Unter den Linden, 5 Uhr nachmittags. Trotz strömendem Regen, umfließt ein großer breiter Kranz von Arbeitern und Ordner (dahinter bürgerliche Neugierige, die sich mehr und mehr anlaufen) das Botschaftsgebäude der R. S. S. R. Ein Kommen und Gehen am Eingang. Ununterbrochen laufen noch Kranzdeputationen aus den Betrieben ein. Im ersten Stock des Gesandtschaftsgebäudes, im Trauerraum, wird der Kranzhügel über dem Sarg des toten Kämpfers immer höher. Unabwieglich halten 8 Arbeiter die Totenwache!

Kurz nach 6 Uhr beginnt die Trauerfeier vom Balkon des Gesandtschaftsgebäudes, in dem Hof herab der dicht angefüllt ist mit Berliner Arbeitern und Delegationen aus dem ganzen Reich (neben den Angestellten der Botschaft), spricht als erster im Namen von 160 Millionen russischer Arbeiter, und Bauern

Der stellvertretende Volkskommissar, Gen. Kojow

In russischer Sprache gibt der Vertreter der Volkskommissare den Versammelten ein Bild von dem Kampfleben des toten Streikers auf vorgehobenem Posten.

Die neuen Löhne niedriger als die alten.

Unter dem Druck der Verhältnisse können die Unternehmer und Behörden nicht mehr umhin, den Lohnempfängern geringe Erhöhungen zu gewähren. Die Erhöhungen betragen, soweit sie bis jetzt vorliegen, rund zwischen 10 und 60 Prozent. Bekanntlich sind die Kosten der Lebenshaltung im letzten Vierteljahr, in dem die Löhne fast durchweg „stabilisiert“ gewesen sind, um 100 bis 150 % gestiegen.

Getreide kostete z. B. Mitte März pro Zentner 4000 Mark im Großhandel, heute aber zwischen 50- und 8000 Mark. Butter stieg von rund 1000 Mark im März auf über 10000 Mark, ja in einzelnen Fällen sogar auf 12- bis 13000 Mark. Margarine von 2000 Mark auf etwa 5000 Mark. Und die Löhne? Die rheinisch-westfälische Industrie wollte den Bergarbeitern höchstens 13 % gewähren. In Mannheim, einer der teuersten Städte in Deutschland, sind jedoch die neuen Metallarbeiterlöhne festgestellt worden. Danach hat die bestbezahlte Gruppe einen Höchststundenlohn von 2150 Mark. Das heißt, nicht mal ein Viertelpfund Butter oder ein halbes Pfund Margarine.

Eine ganz besonders hervorzuhebende Lohn- und Gehaltsfrage haben die Arbeiter in Forder und Industrie in Westfalen und Rheinland. Sie fordern, daß die Löhne und Gehälter zu demselben Prozentsatz erhöht werden, wie die Lebenshaltungskosten. Sie fordern, daß die Löhne und Gehälter zu demselben Prozentsatz erhöht werden, wie die Lebenshaltungskosten.

Dann spricht Botschafter, Gen. Krestinski:

Leidenschaftlich bewegt klingt seine Anrede, die er den Hintermännern der Mörder des Genossen Worowski in das Gesicht schleudert. Genosse Krestinski betont noch besonders die Solidarität der Vertreter der türkischen Bauern-Republik mit dem Ermordeten in Lausanne.

Als dritter Redner nimmt Gen. Brandler für die Zentrale der Komm. Partei Deutschlands das Wort:

Ich spreche heute hier zu Euch, Arbeiter! Genossen! an der Stelle, wo ein Kämpfer und Streiter Sowjetrußlands auf seinem Posten von faschistischer Mörderhand gefallen ist. Uns deutliche Arbeiter trifft der Mord an dem Genossen Worowski ebenso unmittelbar wie Sowjetrußland, denn vor allem wir sind es, die wie nie zuvor von dem Witzgehirn des Kapitalismus und seinen Faschistenbanden bedroht sind. Immer fester und stärker, immer eiserner und geschlossener muß unsere Abwehrfront werden. Nicht umsonst gab der Weltimperialismus das Warpsignal in Lausanne. Der internationale Kapitalismus, die imperialistischen Räuber, sehen, daß das Rußland der Arbeiter und Bauern immer mehr erstickt. Die Herrschaften sehen den Tag kommen, wo Rußland, unser Sowjetrußland, sich soweit erholt hat, daß die Sympathien der ganzen Welt, daß die Herzen und Hirne der Ausgebeuteten der ganzen Welt wie die Brandung des Meeres gen Osten schlagen. Und das fürchten sie! Sie fürchten ihr Ende mit Schrecken. Deshalb versucht der Imperialismus noch einmal seine Kraft zur Niederschlagung der Welle der Weltrevolution zu konzentrieren. Es wird nicht gelingen! Wir deutschen Arbeiter auf vorgehobenem Posten stehen auf der Wache. Und auch den letzten Arbeiter werden wir aufstellen, wir werden ihn sagen, um was es geht. Wir, die deutschen Arbeiter, müssen bereit sein, mit unseren Leibern Sowjetrußland zu bedecken!

Von der Arbeit zur Totenfeier

Berlins Proletariat war auf dem Posten. Der Regen hielt keinen entschlossenen Kämpfer ab. Von fünf Uhr ab, am Zug um 10 Uhr nach dem Lustgarten. Regennaz drängten sich die ersten unter dem Denkmahl der Schloßfreiheit auf Museums- und Domtreppe zusammen. Um 7 Uhr begannen die Redner ihre Ansprachen. Gedämpft als sonst klang das Hoch auf die 3. Internationale, mit dem sie schlossen.

Von den Linden her klang ein Trauermarsch. Rote Blumen und Kränze leuchteten auf. Mit entblößten Köpfen stand Proletariat an Proletariat und der Wagen mit dem durchschloffenen Leichnam des Genossen Worowski rollte langsam durch die Massen über Schloßfreiheit, Lustgarten und Brücke nach der Königsstraße.

Gegen 8 Uhr kam die Spitze des Zuges am Schlesischen Bahnhof an. Hier, wie an manchen anderen Stellen des Trauerzuges, standen Sipobeamte, die während des Vorbeifahrens des Wagens militärisch salutierten.

Wirt unberücksichtigt, so daß die Angestellten und Arbeiter die Betroffenen sind.

Die Erhöhung der Reichsbeamtengehälter, die vom Reichsfinanzministerium beschlossen worden ist, beträgt etwas über 20 Prozent bis 15. Mai. Der Spitzenlohn der Handwerker in der ersten Maihälfte soll 1005 Mark in der Stunde betragen. Davon kann sich der Handwerker gerade ein Zehntel Butter kaufen.

Industrie und Regierung bemühen sich, zu beweisen, daß die neuen Löhne hoch genug sind, um der fortschreitenden Teuerung die Wagschale zu halten. In Wirklichkeit kann der Gehalts- und Lohnempfänger sich kaum die Hälfte von dem dafür kaufen, was er noch im Beginn des Jahres 1923 sich aus seinem Einkommen anschaffen konnte.

Streitbeschuß der Waldenburger Bauarbeiter!

Die Waldenburger Bauarbeiter beschlossen mit 519 gegen 11 Stimmen, am Mittwoch in den Streik zu treten, falls ihre Forderungen nicht bewilligt werden. Es wurde folgender Antrag angenommen:

Die Ortsverwaltung des Baugewerksbundes wird beauftragt, den Arbeitgeberverbänden für das Hoch- und Tiefbaugewerbe die Forderung zu unterbreiten, daß die vom Schlichtungsausschuß ausgesprochene 20prozentige Zulage restlos noch vor den Feiertagen zur Auszahlung kommt. Sollte bis Freitag mittag keine Antwort eingegangen sein, so wird die Bauarbeiter-Gesellschaft am Freitag abend in einer Versammlung ernstliche Stellung zur Frage nehmen und nach den Umständen in den Streik treten.

Der bairische Bürgerkrieg

Von Alexander Abusch (Miesbach)

II.

Die Gegensätze im Faschismus. — Verschärfung der Kämpfe zwischen den Faschisten und der Arbeiterkraft. — Die Rolle der bayerischen Sozialdemokratie.

Der mißglückte Ausnahmezustand Ende Januar d. J. riß die letzten Illusionen vom Bild in die Kräftesituation der bayerischen Reaktion. Hinter der Ausführung der faschistischen Befehle gegen das Klassenbewusste Proletariat Bayerns durch die Regierung begam sich der Abwehrkampf der bayerischen Bauernführer gegen den Faschismus ernsthafter vorzubereiten. Die allgemeine politische Korruption im Lager der Konterrevolution macht aber in Bayern jede Entwicklung reich an Zwischenpausen. Die geringe ideologische Stabilität einzelner Kampfgruppen läßt allerhand wirre Sonderabenteuer an den Rändern der um die Mehrheit ringenden großen Gruppierungen der Reaktion entstehen. So entstanden auch z. B. die abenteuerverheißenden Separationspläne der Fuchs, Machhaus, Ruge und Konforten, unter einer losen faden bündeligen „separatistisch-wittelsbacherischen“ Flagge und durch landesverräterische Konstellationen mit Soldlingen der französischen Imperialisten. Weismann-Spizel und großdeutsch-faschistische Offiziere brachten das Abenteuer zur vorzeitigen Enthüllung.

In den Monaten Februar-März begannen die sich häufenden Zusammenstöße zwischen faschistischen Sturmabteilungen und Form abwehrenden bayerischen Proletariern die den etwas blutigen verzeitelten Guerillakrieges anzunehmen. Andererseits hatten die Bauernführer die schärfste ideologische Front gegen den Faschismus aufgerollt, die lauteten: die katholisch-föderalistisch, dort großpreußisch-protestantisch. Die jahrelange Zurückhaltung in der reaktionären Presse machte erregtesten Kämpfen Platz. Die faschistische Presse ergriff erstmalig offen Partei für die faschistischen Kampfverbände und gegen die Vertreter der regierenden Reaktion. Die schwerkapitalistischen „Münchener Neuesten Nachrichten“ verkündeten in einer Artikelserie die „Politische Wandlung in Bayern“. Das Blatt des Bauernführers Heim, der „Bayerische Kurier“, proklamierte den bekämpfungswürdigen „revolutionären Charakter“ der Vaterländischen Kampfverbände. Der Führer der Bayerischen Volkspartei, Held, hatte eine scharfe öffentliche Auseinandersetzung mit Ludendorff, wobei dieser seine großdeutsch-faschistische Haltung klipp und klar der separatistisch-keritalen entgegenstellte. Die ideologische (und in letzter Zeit auch teilweise die mehrschafte) Mobilisierung der Bauern und der christlich organisierten Arbeiter gegen den Nationalsozialismus setzte von seiten der Bayerischen Volkspartei ein.

Aber gerade diese Monate wurden zu einer verstärkten Rührungs- und Agitationsperiode der Faschisten. Die militärische Durchorganisation ihrer Sturmabteilungen und Regimentsverbände in Süd- und Nordbayern erfolgte durch gemeinsame Feldübungen mit der Reichswehr, unter Oberleitung von Reichswehr-offizieren und durch Schießübungen in den Kasernen. Die militärischen Vorbereitungen des Putsch wurden bis über die Grenzen Bayerns hinaus organisiert. In den ausenbayerischen Gebieten wurden sie aufgedeckt und der Zeitpunkt des Putschversuches (Anfang April) unmöglich gemacht. Gerade die Tage der Aufdeckung dieser Putschvorbereitungen benutzte der Reichskanzler Guno zu einem Besuch in München. Seine Münchener Rede war der Ausdruck der

unpolitischen Schwäche der sogenannten deut-
sche Republik, die ganze Reise aber eine
neue Enthüllung ihrer innerpolitischen Galt-
losigkeit. Cuno empfing die Vertreter der
nationalistischen faschistischen Kampfbünde
und besprach ihnen weitgehendste Erfüllung
ihrer Forderungen. Der Regierungsvertreter
des deutschen Kapitals glaubte durch größt-
mögliches Entgegenkommen einen für die deut-
sche Ausbeuteerschaft gegenwärtig unerwünschten
Putsch verhindern zu können. Aber Mussolinis
March nach Rom schwebte den Hitler und
Ludendorff als Beispiel vor den überhöhten
Augen — der March nach München und von
München gegen das „sozialistische“ Nordbavern
und das rote Mitteldeutschland.

Das bayerische Proletariat verbarriere wäh-
rend all dieser Entwicklungen in einer Passivität,
die ihm — trotz seiner zahlenmäßigen
Stärke — kein entscheidendes Eingreifen ge-
staltete. Wohl kaum irgendwo hat sich während
einer langen Reaktionsperiode die objektive
Verratsrolle der sozialdemokratischen Führer
am Proletariat schändlicher gezeigt als in Bay-
ern. Seit der blutigen Abwürgung der Mün-
chener Räterepublik unter Leitung des sozial-
demokratischen „Kriegsministers“ Schnepfendorff
der selbst einer ihrer Gründer war, spinnt sich
eine lange Kette des sozialdemokratischen Ver-
rats an alle politischen und gewerkschaftlichen
Kämpfe des bayerischen Proletariats. Die Auer,
Kohlhaupt und Konforten wirkten nicht nur auf
die Gründung der ersten weißen Form-
ationen mit, sondern trieben auch durch ihre
Politik die enttäuschten Massen des Mittel-
standes und viele Arbeiter in das faschistische
Lager. Gegenüber der akuten Gefahr der fas-
chistischen Putsche setzten sie ihre Sabotage an
einer gemeinsamen proletarischen Abwehrfront
fort. Sie schrien am lautesten im nationalistischen
Ruhrtummel mit. Sie lagen auf dem
Bauche vor der bayerischen Volkspartei und
bettelten um eine „christliche Politik“ der bauer-
lich-meritokratischen Reaktion, was die Bezeichnung
für den Wunsch war, eine offene oder ver-
steckte Koalition mit dieser in der Abwehr des
Faschismus und — Kommunismus zu erreichen.
In der gefährlichsten Situation für das bay-
erische Proletariat gab die SPD-Presse ihren
Hübel niederträchtigster Verleumdungen gegen
die Kommunisten aus, stellte die „Münchener
Post“ die „kommunistischen Schurkereien der
Lenin-Trotsky und Hölz“ auf die gleiche Stufe
mit Hitler. Die sozialdemokratischen Knechte
der Orgelchen erwiderten jedoch für ihre be-
währten Anbiederungen nur höhnische Abwei-
fung und erhielten immer wieder von der
bayerischen Volksparteipresse die Fortdauer des
schärfsten Kampfes aller Reaktionskräfte gegen
die „Marxisten“ beschönigt. Allein die uner-
müdlieh ringende kommunistische Partei, im
ersterwilligsten Abwehrkampf gegen den brau-
nen Regierungsterror stehend, sammelte die
kulturbewussten Arbeiter Bayerns zur Ver-
teidigung ihrer Lebensinteressen. Das bay-
erische Proletariat ist aber bis heute — trotz
seiner starken Erregung — in seinen breiten
Massen noch nicht so aktiviert, daß es eine
massive geschlossene Kampffront gegen die
Gefahr vom 1. Mai 1923 hätte aufstellen können.

Die gesteigerte faschistische Mobilisierung im
Mai bereitete die schwerste Zuspitzung der
Spannung für den 1. Mai vor. Die faschisten
schickten gegen die Ausübung der Haft-
befehle gegen die faschistischen Redakteure Schart
und Weger mit der Androhung bewaffneter
Überhandes. Fast schien es, als sollte der
offene Kampf aus einer so geringfügigen An-
gelegenheit rechtzeitig entzünden. Die bayerische
Regierung verzettelte jedoch die Möglichkeiten
einer Machprobe nach ihrer üblichen Art und
ließ sich durch ihren Justizminister Gürtner
von der Cuno-Regierung die Zustimmung, einem
offenen Kampfe auszuweichen. Und gerade in
jener erregten Lage des „nationalen Wider-
standes“ gegen den Haftbefehl des repu-
blikanischen Staatsgerichtshofes lösten sich die
nationalistischen „Baterländischen Kampfbünde“
und die „Bereinigten Vaterländischen
Verbände“ in Bayern zu einer Arbeitsgemein-
schaft zusammen. Die „Bereinigten Vaterländi-
schen Verbände“ sind eine Zusammenfassung
von fastlich reagierten eingestellten Organisationen
der Arbeiterbewegung. Die Bildung dieser Ar-
beitsgemeinschaft bedeutete einen Sieg des rein
faschistischen Fügels der bayerischen Reaktion,
verursacht durch sein entschlossenes Auftreten,
das die noch unklar Schwankenden ins Schlep-
tau nahm. Die Basis des Faschistenblocks
in Bayern verbreitete sich, die bayerische Re-
gierung sah den Gegner doppelt mächtig und
voll künftiger Drogen. Doch die kommunistische
Presse alarmierte als erste die gesamte deutsche
Arbeiterklasse mit Mitteilungen über die fas-
chistischen Pläne für Ende April. Die Durch-
führung des faschistischen Kampfprogrammes
kann nicht mehr richtig angefaßt werden
alarmierten Gegner.

(Schluß folgt.)

Die Außenpolitik vor dem Reichstag

Die Rede des Genossen Roenen

In der Mittwochs- und Donnerstagssitzung des Reichstags wurde
am 1. Mai des Reichstagsmorgens mit
den vom Sozialpolitischen Ausschuss gefassten
Beschlüssen über den Schutz der Ruhrarbeiter
verhandelt. Dann begann die Beratung der
Entscheidung des Reichspräsidenten, des Reichsfinanziers
und des Außenwärtigen Amtes. Der Reichstag
der Redner eröffnete Müller (SPD) mit einer
Kritik der deutschen Note an die Entente. Er ging
auf die Einzelheiten des Reparationsproblems
ein und forderte, in einem neuen Angebot die
Summe mindestens so zu bemessen, daß da-
von der Wiederaufbau der zerstörten franzö-
sischen und belgischen Gebiete erfolgen könne.
Dazu würden Anleihen gebraucht, für die die
notigen Garantien zu schaffen seien. Als solche
Garantien erwähnt er Ueberschüsse der Eisen-
bahnen, Einnahmen aus dem Brauntreibstoff-
monopol. Aber auch Landwirtschaft, Handel und
Industrie müssen endlich tragen, in welchem
Maße sie zu den Lasten beitragen wollen. In
diesem Zusammenhang erwähnte er auch die
Erfassung der Sachwerte.

Der Reichstag der Arbeiterpartei gab
im Namen der Deutschen Arbeiterpartei, des Zen-
trums, der Demokraten und seiner Partei die
Erklärung ab, daß sich diese vier Parteien aus
Rücksicht auf die ungelöste auswärtige Lage
nicht an der Debatte beteiligen.
Hergt (Deutsche AP) ist der Auffassung,
daß die Parteien des Reichstags wohl Ursache
hätten, Stellung zur auswärtigen Politik zu
nehmen. Er ermahnt im Gegenstand zu Müller,
die Regierung, keine neue Note zu richten. In
der Sache verlangt er, daß die deutsche Wirt-
schaft durch die Reparationen nicht geschädigt
wird.
Der Minister des Innern, Rosen-
berg, begann seine Rede mit einigen
Witzen und schloß dann plötzlich
mit der Erklärung, er müsse es sich
versagen, den Abgeordneten Müller
und Hergt auf das Gebiet der
Außenpolitik zu folgen. Dann setzte
er sich zum Erstaunen des Reichstags wieder
auf seinen Platz.
Als nunmehr

Genosse Roenen

das Wort erhielt, ergriffen die Abgeordneten,
sich förmlich überfüllend, die Saal-
leerte sich bis auf die kommunistischen Abge-
ordneten. Die Bürgerlichen hatten nicht einmal
Hörposten zurückgelassen. Während der gan-
zen Stunde die der Genosse Roenen sprach, blieb
der Saal leer. Genosse Roenen führte aus:
Der deutschnationalistische Redner meint, es sei
mit dem Widerstand gegen die Ruhrbesetzung
besser gegangen als man es erwartete. Die
3 bis 4 Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter
werden in ihrem Elend darüber anderer Mei-
nung sein. Die französischen Imperialisten aber
steigern noch den Druck, weil sie zum nächsten
Frühjahr im Wahlkampf mit den erprobten
deutschen Milliarden aufwarten müssen. In-
zwischen reißt England die Welt durch seinen
Vorstoß gegen Sowjetrußland

erneut in den Abgrund eines Weltkrieges. Der
Außenminister sammelt nur Mist, daß er zu
allem nichts sagen könne. Auch der „Vor-
wärts“ hat die Kriegs- und Faschistengefahr
als Hygiene und politischen Puff abgehan-
delt. Der Sekretär der Amsterdamer, Summen, mußte
in Prag dem Eisenbahnerkongress einge-
stehen, daß Rußland die einzige Bastion des
Proletariats, erneut bedroht sei und vom Welt-
proletariat verteidigt werden müsse. Der Eng-
länder Braithford von der 2. Internationale
spricht in der „Wiener Arbeiterzeitung“ offen,
daß Englands Vorgehen Bürgerkrieg, auswär-
tige Intervention und monarchistische Aggression
auf Sowjetrußland bedeutet. Der natürliche
Bundesgenosse des unterdrückten Deutschlands
ist also in schwerster Gefahr und die hilflos
jämmerliche deutsche Reichsregierung weiß dazu
nichts zu sagen. Dabei trifft eine Schädigung
Rußlands gerade jetzt auch die deutsche Be-
völkerung schwer, denn die wieder erstarrte rus-
sische Landwirtschaft kann in diesem Jahre,
wenn nicht Kriegsverheerung alles ruinieren,
erstmalig große Getreidemengen zu billigen
Preisen auf der deutschen Markt bringen.

Die deutsche Bourgeoisie, unfähig Selbst-
land zu betreten, und an-capo-istisch auf-
zutreten,
kann nur ihr eigenes Proletariat niederwerfen
und nach nationaler Willkür über sie
überträgt die Lasten und Opfer des Wider-
standes reiflos der Arbeiterkraft. Fern die
Kommunisten statt der Auslieferung der Koh-
len an Pointare deren Verteilung durch die
Kommunen an die Ruhrbevölkerung fordern,
dann fragt das Stimmvolk nur, was den
Kohlenbaronen diese Kohlen fehlten wird. Die
„Concordia“ schließt Kohlenlieferungsverträge
mit den Belagerten ab, kündigt Aus-
lieferung der Arbeiter an, die im Widerstand
bestehen wollen. Die Weltkriege haben ihre
Arbeiter sogar gezwungen, Kohlen zu fordern,
und an die Franco-er abzutransportieren. Der
Bergarbeiter-Verband will von der Lieferung
der Halbenpfeile an die Ruhrbevölkerung nichts
wissen obwohl die Franco-er täglich größere
Mengen wegheben. Der Reichstag, noch
reaktionärer, legt mit großer Mehrheit jedem
Kohlenverteilungsvorschlag für die Kommunen ab,
er begünstigt die Halbenpfeiler der fran-
zösischen Militärs. Die Abtragung des 15
Tausend halbenpfeiler gestifteten Bergarbeiter-
des Saargebietes durch republikanische und christ-
liche Führer zu demütigenden Leistungen zu-
gunsten des französischen Kohlenadulats ist
ein weiterer Schlag gegen den ausgeblühten Wi-
derstand an der Ruhr.

Nach dem Zusammenbruch des Widerstandes
steht die Bourgeoisie jetzt vor der Kapitulation
und ihr heftiges Bemühen ist darauf gerich-
tet, nach dem Scheitern der Ruhrbesetzung ein
neues Geschäft aus der Kapitulation zu machen,
indem sie alle Lasten auf das zusammenbrechen-
de Proletariat wälzt. Wir müssen uns aufstellen
gegen die neuen drohenden Billionenmarken-
raub und stellen dem entgegen die Forderung
nach der

Erfassung der Sachwerte

die jetzt mehr in die Hände der Sachbesitzer
fließt denn je. Ohne sie gibt es keine Anleihe,

keine au Einar vorläufige Befreiung der Re-
parationsfrage. Aber gegen diese Erfassung
der Sachwerte kämpfen an die Tausende, Elms,
Krupp und Konforten. Cuno selbst mußte er-
klären, daß er die Industrie nicht mehr hinter
sich habe. Der Reichsverband der Industrie
beschloß, daß seine Garantien übernommen wer-
den. Einiges kommandierte und arbeitete an der
Schaffung des deutsch-französischen Montan-
trustes. Den will er möglichst billig haben.
Deswegen drückt er die Mark. Schon ist er
durch seine Unternehmungen in der Schweiz,
Oesterreich, Rumänien, Ungarn, Serbien, Jugos-
lawien und Südamerika zu einem internatio-
nalen Polyp geworden. In Wien verbündet
er sich mit dem schamlosesten aller Devisen-
spekulanten, die Schweiz stellt ihn bereits we-
gen seines gerrüttenden Treibens unter die
öffentliche Kontrolle.

Das Proletariat muß, wenn es nicht unter-
gehen will, mit Mühen und Zähnen kämpfen
müssen. Auch das Kleinbürgertum wird gegen-
über diesem internationalen Industriekapital be-
greifen müssen, daß es nur zusammen mit
dem Proletariat noch seinen Existenzkampf füh-
ren kann.

Deshalb lort mit der Cuno-Regierung und jeglicher Koalition mit Bürgerlichen! Her mit der Arbeiterregierung!

die, wie nach den ersten Schritten in Sachsen
sich zeigt, offen den Kampf gegen die faschistische
Gewaltherrschaft durch proletarische Organe auf-
nehmen muß. Der Reichstag hat sich nicht ge-
scheut, in diesen Kampf einzugreifen durch die
Annahme der Resolution, daß die Volkseigen-
schaft in Sachsen durch die Reichsregierung
nachgeprüft werden sollen. Dieser Beschluß ist
der erste offene Faschistenblock des Deutschen
Reichstages. Man folgt dem deutschen Spuren,
wo die faschistische Diktatur durch neue Ver-
ordnungen bereits ausgerichtet ist. Dem muß
das Proletariat seinen Kampf um die Diktatur
entgegenstellen. Schon haben

proletarische Hundertschaften
im Ruhrgebiet gegen Streikbrechergarden, die
die Nationalisten angeworben hatten, erfolg-
reich gekämpft, und während die Franzosen
unserer Zeitungen auf Wochen und Monate
verbieten, versucht der sozialdemokratische Re-
gierungspräsident Grüner in Bamern die Hun-
dertschaften durch Verhaftung ihrer Führer zu
unterdrücken.

Severing trägt sogar ein völliges Verbot
der proletarischen Hundertschaften. Durchsetzen
wird er es nie können.

Der Einheitsfrontkampf gegen die nationalistische Reaktion

verlangt gemeinsame Hundertschaften. Wir
fordern die Arbeiter auf, diese wie in Sachsen
zusammen mit den sozialdemokratischen Arbeit-
tern in den Betrieben zu bilden.

Betriebshundertschaften

werden die Faust der Einheitsfront gegen die
Reaktion sein.
Zum Etat des Reichspräsidenten forderte Ge-
melle Herzfeld mit allem Nachdruck eine all-
gemeine Amnestie. Einige SPD-Mitglieder,
Kobrich und Ministerpräsident Braun, ver-
suchten vergeblich, den Reichspräsidenten, ihren
Parteilgenossen, in Schutz zu nehmen.

Dann ging der Reichstag zur Beratung des
Siedlungsgesetzes über, eine Art Notgesetz, das
lediglich für die aus dem Ruhrgebiet Betriebe-
lenes Siedlungsland im geringen Umfang
schaffen soll. Der agrarische Flügel —
Deutschnationaler und ein Teil der Deutschen
Volkspartei — bemühte sich nach Kräften, die
Vorlage zu verschlechtern.

Zum Schluß wurde in erster Lesung das
Brotverforgungsgesetz
vorgenommen. Genosse Heidemann sagte der
Rechten, daß sie wohl ihre Interessen vertritt,
aber achtsam an hungernden Völkern vorüberge-
hen. Unter Kennzeichnung der völligen Unzuläng-
lichkeit der Regierungsvorlage forderte er ver-
stärktesten Ausweg unter Kontrolle der Ar-
beiter.

Der Reichstag vertagt sich dann bis über
Pfingsten auf unbestimmte Zeit.

Die Pfingsthoheit der 2 und 2 1/2 Internationale

Berlin, 18. Mai. Wie der „Vorwärts“ be-
richtet, ist gestern Abend in Hamburg das Er-
gebnis-Summar der zweiten Internationale zur
Vorbereitung der Verhandlungen zusammen-
getreten. In der Sitzung nahmen teil: De
Freiere, Belgien, Niederlande, Belgien,
ebenso als 11. Minister und Mitunterzeichner
des Berliner Arbeiterfriedens) Ervelstra, Hol-
land, Tora Stern, England, Stauning, Däne-
mark, Tschaikow, Schweden, Belgien, Deutsch-
land und einige andere Vertreter. Das Or-
ganisationskomitee des Kongresses tritt heute
vormittag zu einer Sitzung zusammen.

Erhöhung der Kohlenpreise

Berlin, 16. Mai. Im Anschluß an die in
den letzten Tagen erfolgten Kohlerhöhungen
haben sich heute die Organe der Kohlenwirt-
schaft mit Preiserhöhungsanträgen zu beschäf-
tigen. In Vorberhandlungen zwischen dem
Reichswirtschaftsministerium und dem Reichs-
kohlenverband wurde vereinbart, daß die in
der Zeit vom 1. bis 15. Mai ohne Kohlen-
preiserhöhung bearbeiteten höheren Kohle
in den neuen ab 16. Mai geltenden Preisen
keinen Anstieg finden sollten. Die Preis-
erhöhung ab 16. Mai sollte sich vielmehr nur
auf die neuen Kohlerhöhungen erstrecken. In
drei Fällen (Oberhesseln sowie mitteldeutsches
und oberrheinisches Braunkohlengebiet) sollen sich
nach diesen Vorberhandlungen die Preiser-
höhungen noch unter den ab 16. Mai geltenden
Kohlerhöhungen halten. Auf dieser Linie be-
wegte sich denn auch die heutigen Anträge.
Die beschlossenen Preiserhöhungen betragen für
Rheinland-Westfalen (Zettfördertabelle) 21 139,
Nachschärfener 24 383, Nachschärfener
23 733, Sächsischen 23 630, Niederschlesien 19 110,
Oberschlesien 2200, mitteldeutsche und ostdeut-
sche Braunkohle 372 M. Die Zuschläge ver-
halten sich anschließend Steuer.

Severing mobilisiert Wotzen und Jutt gegen die proletarische Hundertschaften

Der preussische Innenminister, Severing, hat zu
seiner Verfügung, durch die die Auflösung und das
Verbot der kommunistischen proletarischen Hundert-
schaften“ ausgedrückt wurde, noch einige Aus-
führungsbestimmungen erlassen. Darnach haben
die Polizeibehörden mit aller Entschiedenheit für
die Auflösung der proletarischen Hundertschaften
Sorge zu tragen und einem weiteren Auftreten
derselben künftig mit allen polizeilichen Mitteln
entgegenzutreten. Wegen Mitglieder, die sich an
Unfällen oder Ungehörigkeiten der aufgelösten Hundert-
schaften beteiligen und vor allem gegen Führer
der Hundertschaften soll in Zukunft ein Strafver-
fahren wegen Verstoßes gegen das Gesetz zum
Schutz der Republik eingeleitet werden.

Die Breslauer „Volkswacht“ das Organ der
führenden Häuser des Großhandels, beklagt nat-
ürlich diese Begründung der Ausnahmever-
ordnung mit der frechen Lüge, daß die prole-
tarischen Hundertschaften kommunistische „Ban-
denbildung“ bedeuten und „Putsche“ wie 1. St. in
Mitteldeutschland hervorbringen könnten.

Die schlesischen Arbeiter wissen, daß es nicht
die Kommunisten, sondern die Parteigenossen
der SPD-Führer waren, Hörsing und Kon-
forten, welche das mitteldeutsche Blutbad an-
gerichtete und auf dem Gemissen haben. Die
„Volkswacht“ sucht ferner den Dolchstoß Se-
verings in die Abwehrfront des Proletariats
durch die Behauptung zu bemänteln, die
SPD schütze sich gegen faschistische Angriffe
dort, wo der Staat den Schutz nicht übernehme,
z. B. in Bayern. Das Organ der führenden
Häuser des Großhandels rechnet mit dem
schlechten Gedächtnis seiner Leser. Wir rufen
daher allen schlesischen Arbeitern die Tatsache
ins Gedächtnis zurück, daß die schlesischen Ar-
beiter 1920 beim Kappstich in schmächtigen
Welle betrogen und im Stich gelassen von der
SPD-Führerschaft, dem Oberpräsidenten Wöl-
fing und Bogt an der Spitze, die sich weigerten,
dem fürmischen Drängen der Arbeiter auf Her-
ausgabe der Massen nachzugeben und den Kessel
und Schmelz zum Siege verhalten. So sah
dieser famose Schutz der SPD, in Wirklich-
keit aus. Denn die schlesischen Arbeiter
nicht ein zweites Mal solche Erfahrungen
machen wollen wie beim Kappstich, werden sie,
auch die sozialdemokratischen Arbeiter, flamm-
enden Protest gegen die Ausnahmeverord-
nungen des Severing einlegen müssen.

Eine sächsische Amnestievorlage

Dresden, 17. Mai. In den nächsten Tagen
wird dem sächsischen Landtage die Amnestie-
vorlage zugehen. Sie schlägt vor, Strafen wegen
Verfehlungen, die aus Not begangen worden
sind, zu erlassen, wenn sie von sächsischen Ge-
richten als rechtskräftig anerkannt worden sind
und die Strafen in Festung oder Gefängnis von
einem Jahr oder in Geldstrafen von höchstens
80 000 Mark umzuwandeln. Unter derselben
Voraussetzung werden Strafverfahren wegen
aus Not begangener Verfehlungen niederge-
schlagen bezw. eingestellt.

Die Einbringung der Amnestievorlage erfolgt
auf Grund der von unserem Genossen mit der
SPD erfolgten Vereinbarungen.

Der Krieg an der Ruhr

Dortmund, 17. Mai

Gestern morgen wurde der Direktor H a r z
vom Phönix in Hörde von den Franzosen aus
seiner Wohnung geholt und im Auto nach
Witten abgeführt. Der derzeitige Stellvertre-
ter des Oberbürgermeisters von Duisburg,
Beigeordneter R ö g e l, ist gestern vormittag
aus dem Rathaus von belgischen Kriminal-
polizisten zu einer Vernehmung durch die Be-
satzungsbehörde weggeführt und später aus
unbekannten Gründen in das Landgerichts-
gefängnis gebracht worden. — In Gladbeck
wurden am 15. Mai etwa 20 Mitglieder des
Klubs der Deutsch-Oesterreicher, die in ihrem
Bereinslokale versammelt waren, festgenommen,
zur Wache geführt und im Laufe des Tages
auf Autos abtransportiert. Das Rathaus
wurde von den Besatzungstruppen geschlossen.
In Dortmund holten französische Gendarmen
Landgerichtspräsidenten J a h n e aus seiner
Privatwohnung und brachten ihn nach Castrop.

Wegen der Brückensprengung wurden der
Beigeordnete Dr. B a n e b u r g und der Polizei-
kommissar Donnerstag in Osterfeld als Ge-
teln festgenommen. Die katholische Vikar-
schule mußte wegen Einquartierung neuer Trup-
pen geräumt werden. — In Buer wurde der
Kaplan G i t r o p verhaftet, weil er den Wunsch
der Belgier abgelehnt hatte, daß um 11 Uhr
der Gottesdienst ausfallen und die Kirche für
die belgischen Truppen freigegeben werden
sollte. — Die Belgier verhafteten auf der staat-
lichen Zechen Westerholt bei Gladbeck drei Be-
triebsführer, die sich geweigert hatten, den bel-
gischen Befehl auszuführen, die Kokeranlagen
wieder in Betrieb zu setzen. — Der Arbeiter-
Bund ist vom Hattinger Krieggericht zu 10
Jahren Zwangsarbeit verurteilt wor-
den. — In Herbede wurde am 15. Mai das
Büfettfräulein des Zweibrückener Hofes ver-
haftet, weil es einem Franzosen ein Schnaps-
glas ins Gesicht geworfen und ihn gehetzt
hatte. Außerdem wurden drei männliche Per-
sonen verhaftet.

Aus Breslau

Der Dank vom Hause der „Vollswacht“

Nach 25-jähriger Tätigkeit auf Pfaster geworfen und zum Betteln gezwungen.

Ein früheres, langjähriges Mitglied der Sozialdemokratischen Partei schreibt uns wörtlich Folgendes:

Vor einigen Tagen erblickte ich einen Bettelnden, 70 Jahre alten Mann in der Taschenstraße. Das Gesicht schien mir bekannt. Ich gebe auf den alten Mann zu und erkenne in ihm einen Veteran der Breslauer Arbeiterbewegung.

Robert Schön heißt der Alte — viele Breslauer Arbeiter kennen ihn. Er ist 72 Jahre alt und hat die besten Jahre seines Lebens für die SPD. unablässig, sowohl im Landkreise, als auch in Breslau-Stadt agitiert und gearbeitet. Schon vor 38 Jahren ist der junge Schön mit SPD-Flugblättern im Landkreise herumgelaufen und etwa 25 Jahre hat er

als Redaktionsdiener der „Vollswacht“ treu und brav seine Pflicht erfüllt. Und heute steht dieser behärrte, weißhaarige Mann

bettelnd auf der Straße, weil die lumpigen 500 Mark wöchentlich, die die „Vollswacht“ ihrem alten Parteibetreiber jetzt gnädig als „Pensionsrente“ zahlt, kaum auf Schuhsohle und Streichhölzer ausreichen. Schön hat dazu auch eine arbeitslose Tochter bei sich; seine Frau verdient sich etwas durch Zeitungsausstragen.

Dieser Tage hat Schön, der Brigittental 7 wohnt, zu allem Glanz von der Vollgei wegen Bettelns einen Strafbefehl von 3 Tagen Gefängnis (!) erhalten. Dafür kann er sich in der Redaktion der „Vollswacht“ bedanken, denn wenn man von dort aus besser für den alten Redaktionsdiener geforgt hätte, brauchte er sicherlich nicht noch auf die alten Tage wegen Bettelns ins Gefängnis zu wandern.

Am allernobelsten hat sich jedoch Schön gegenüber

Der erlauchte Präsident des Reichstags, Paul Hölde, der frühere Chefredakteur der „Vollswacht“, gezeigt. In einem Briefe schilderte Schön vor einiger Zeit Herrn Hölde sein jetziges Elend. Als Antwort bekam der Aermste einen Brief aus Berlin, auf dem in schönen Lettern der amtliche (!) Vermerk: „Der Präsident des Reichstags“ prangte. In halbamtlichem Stile (!) wurde Schön höchstehändig von Herrn Hölde mitgeteilt:

es sei für solche Unterstellungen nicht zuständig (!), Schön, solle sich an die Breslauer Partei-

Stadtverordnetenversammlung

Sonderbare Geschäftspraktiken des Magistrates — Ein Privatunternehmer verdient 50 Millionen auf Kosten der Stadt — Die Genehmigung zu Grundstücksübertragungen usw.

Zur Kostenersparnis soll im Gastwerk Dürrgoy eine Abfallverwertungsanlage eingebaut werden, die nach dem Vorschlage der Stadt jährlich 600 Millionen Brennstoffe ersparen soll. Die Kosten belaufen sich auf 1 Milliarde 318 Millionen. Die Hälfte der Kosten soll durch Verkauf der Gaswerke an der Siebenbusener Straße (auf Abbruch) gedeckt werden. Zu dem gleichen Zwecke sind bereits am 22. Juni 1922 30 Millionen bewilligt worden. Von dem Projekt war nahezu ein Jahr lang nichts gehört worden. Kein Mensch, weder Oberbürgermeister, noch Stadtkammerer (der bei der betreffenden Ausschüttung samt seinen Vertretern angeblich verweist war), konnte über die Verwendung dieser immerhin recht ansehnlichen Summe Auskunft geben. Es scheint überhaupt mit städtischen Geldern und städtischem Eigentum ziemlich Mißbrauch getrieben zu werden. Zum Beispiel: der Magistrat verkaufte vor einiger Zeit vier Dampfessel aus dem Elektrizitätswerk für 48 Millionen Mark. Später wurde bekannt, daß der Käufer an den Kessel (der Magistrat drückte noch durch ausführliche Bekanntmachung der Mängel den Preis)

50 Millionen verdient

hatte. Es wird befürchtet, daß bei der Ausschüttung der Gasanstalt an der Siebenbusener Straße dasselbe geschehen könnte. Der Magistrat scheint den Weg öffentlicher Ausschreibung nur dann zu beschreiten, wenn es sich um Kapitalien handelt. Ueber Milliardenobjekte verfügt er, ohne die gesetzgeberischen Körperschaften zu befragen. Der Magistrat will die „Schlesische Volkszeitung“, die den Rieserverdienst eines Unternehmers zuerzucht, wegen Beleidigung verklagen. An der Falschheit selbst ändert dies nichts. Eine bürgerliche Stadtverwaltung, die selbst Großunternehmerin ist, wird stets im kapitalistischen Sinne handeln, auch wenn es gegen die Interessen der Bewohner geht. Das Milliardenobjekt an sich geht zur nochmaligen Beratung an den Ausschuss zurück. Wir hoffen, daß diesmal dem Abbruchunternehmer nicht wieder 100 Prozent Profit geschenkt werden.

Dem Stadtverordneten Bujakowski (Dn.) geht es offensichtlich gegen den Strich, daß bei Grundstücksverkäufen (oder besser Versteigerungen) dem Magistrat und den Stadtverordneten Einspruchsrecht eingeräumt werden soll. Und dann: 5 Prozent Abgaben sind ihm entschieden zu viel. Er verlangt völlige Wucherfreiheit im Verkehr mit Grundstücken. Den

Sozialdemokraten ist es offensichtlich peinlich, öffentlich Farbe bekennen zu müssen. Sie möchten sich heile Fragen lieber in der Heimlichkeit der Ausschüsse als vor dem Forum des Stadtparlamentes erörtern lassen. Stadtverordneter Frey betont deshalb auch, daß der Ausschuss des Stadtparlamentes nur Zivilschutzmaßnahmen bei Ablehnung von Grundverkaufsanträgen sei. Im übrigen gab der Magistrat die Zusicherung, daß man in Zukunft nach individueller Prüfung Grundstücksverkäufe sogar an valuarische Ausländer genehmigen würde.

Nebenbei wurden die Standgebühren in den Markthallen und auf den Märkten um 100 Prozent erhöht. Die Konsumenten werden diese Maßnahme bald an der Verteuerung der Waren spüren. Und die Gewerbesteuererhöhung wurde debattelos von 1500 auf 150 000 Mark erhöht.

Schulfragen! Die Höferei um die Volkserziehung darf nicht ausbleiben. Den Privat-schulen wird ein Zuschuß von 65 750 000 Mark für das zweite Vierteljahr bewilligt. Von den Sozialdemokraten ist einschließlich Deutschnationalen ist man der Meinung, daß der Privatschulenumzug endlich abgebaut werden müßte. Sie stimmen der Vorlage nur zu, weil die Privatschulen (die bedeutend weniger als die öffentlichen Schulen leisten) werden zugunsten der bemittelten Klassen öffentliche Zuwendungen gemacht von derselben „republikanischen“ Stadtverwaltung, die täglich von den Schülern eben dieser Schulen und von ihren Lehrern samt der deutschen Republik beschimpft wird. Wir wissen, daß man die Brutstätte der Reaktion in den Privatschulen zu suchen hat. Die Sozialdemokraten aber unterstützen die Todfeinde der Arbeiterklasse.

In Breslau soll eine deutsche Oberschule errichtet werden. Die evangelische und katholische Realschule janken sich um den Vorrang, zu einer Volksschule ausgebaut zu werden. Die Oberschule soll konfessionell paritätisch sein. Kein Wort wurde zugunsten einer bekenntnisfreien Oberschule, der weltlichen Schule, gesprochen. Den Anna-Schulschwestern der höheren Mädchenschule zu St. Anna werden debattelos 300 000 Mark bewilligt. Für kulturwidrige, konfessionelle Schulzwecke hat die Stadt immer Geld. Aber die Ausgaben für hygienische Zwecke, die den Arbeitern zugute kommen, glaubt man nicht tragen zu können. Debattelos wurden die Preise für Bäder in den städtischen Brausebädern um 100 % in die Höhe geschraubt.

instanzen bewegen werden. Der Wählerbewegen soll nicht verschwiegen werden, daß der Herr Reichstagspräsident huldvoll seiner Wirtschaft etwa 500 Mark (!) entnahm und dieses raschlose Almosen dem geschickten hahamitischen Was beauftragte geruhte. So handelt der frühere Chefredakteur der „Vollswacht“, der Vorgänger Herrn Minna Baums, an dem alten Schön, der hoch durch seine raschlose Kleinarbeit für die Partei zweifellos das Seinige reiblich mit dazu beigetragen hat, daß Paul Abbe in den Reichstag und zu Amt und Würden kam. Es verlangt niemand, daß Herr Abbe den alten Schön aus seinem Mittel erhalten soll, aber man hätte von ihm doch mindestens erwarten müssen, daß er, nachdem ihm das Glend Schön bekannt war, sich für den alten Verlassen ins Zeug gelegt und ihm bei dem Verlag der „Vollswacht“ eine Rente erteilt hätte.

Das hat Paul Abbe, der Moge, von Demut und Gefühl überfließende Sonntagsprediger und angeblich so warmherzige Reichstagspräsident, nicht getan.

Diese Aufschrift eines früheren SPD-Mitgliedes beweist aufs neue, daß sich die „Vollswacht“ durchaus nicht von einem skrupellosen kapitalistischen Unternehmen unterscheidet. Sie setzt einen alten, verdienten Parteigenossen einfach aufs Pflaster und handelt nach dem Grundsatze:

„Der Moge hat seine Schuldigkeit getan, er mag verrotten.“

Was sagen die sozialdemokratischen Arbeiter zu diesem Verhalten der „Vollswacht“? Sollen ihnen nicht die Schamröte ins Gesicht?

Kreisrat des Landkreises Breslau

Der neugewählte Kreisrat, dem zwei Genossen angehören, tritt am Freitag, den 18. Mai, vormittags 11 Uhr, zu seiner ersten Sitzung zusammen. Die Tagesordnung ist außerordentlich umfangreich.

Die Tagesordnung enthält unter anderem folgende Punkte:

1. Prüfung der Gültigkeit der Neuwahl zum Kreisrat
2. Neuwahlen zum Kreisrat
3. Bestellung eines Kommissionsarztes
4. Eröffnung eines Kreisheimstättenwesens
5. Kreditaufnahme für die Getreidewirtschaft
6. Erhöhung der Tagesgelder für die Mitglieder des Kreisratsschusses
7. Regelung des Arbeitsnachweises auf Grund des Arbeitsnachweisgesetzes vom 22. Juli 1922
8. Neubau einer Kreisbadanstalt
9. Aufhebung der Abhängigkeit des Unterhaltungsfonds für die ehemalige fiskalische Hofbrücke
10. Abgabe der Unterhaltung verlegter Schauluststellen der Kreisbauhütte Breslau

Ein Regimentsfest in der Roten Armee

Von Kurt Fischer, Chortija (Ukraine)

Jeder, der auch nur zwei Tage in Sowjetrußland weilte, gewinnt sofort den Eindruck, daß die Rote Armee doch etwas ganz anderes ist, als jede andere Armee irgendeines kapitalistischen Landes. Die Rote Armee bildet nicht eine besondere Klasse für sich, ist nicht ein Werkzeug der herrschenden Bourgeoisie zur Unterdrückung des Proletariats. Die Rote Armee Rußlands ist ein Teil des russischen Proletariats, sie besteht aus der wehrhaften Jugend der Arbeiter und Bauern, und sie ist ein Faktor der proletarischen Diktatur.

Am besten lernt man das Leben und Treiben der Rotarmisten kennen, wenn man selbst einen Tag daran tätigen Anteil nimmt.

Am Sonntag, den 8. April, feierte das 90. Ural-Regiment, das in Alexandrowitz stationiert ist, den Tag seines 5-jährigen Bestehens. Dieser Tag war nicht nur für die Angehörigen dieses Regiments ein Ereignis, auch die übrigen Truppenteile begingen ihn feierlich, ja nicht nur das, das Regimentsfest wurde zu einem Volksfeste, an dem sich der größte Teil der Bevölkerung in und um Alexandrowitz beteiligte.

In diesem Jahre traf es sich nun, daß der Jubiläumstag auf Ostern, die größten natürlichen Feiertage fiel. So wurde denn natürlicherweise bei der Jubiläumfeier auch der Krönung sehr viel Aufmerksamkeit geschenkt.

Schon am Samstag Abend fand im großen Saale des Regimentsklubs ein Meeting statt. Die politischen und Aufklärungsarbeiter des Regiments hielten antireligiöse Vorträge. Rotarmisten führten auf der Bühne Abhandlungen aus dem Voplenleben vor, und unter Gesang, Musik und Spiel verging der Abend. Die Truppenwächter wurden er, zu der die Gläubigen in die Kirche wallfahrten, die sie dann bis zum letzten Mittel nicht mehr verlassen. Auch die 1000 Ural-Kolaken traten ihre Wallfahrt an. Sie gingen jedoch nicht weit, nur bis auf den festlich erhellten Platz hinter dem Klubgebäude.

Stumm und mit ernstem würdevollen Gesichtern stehen hier dichtgedrängt Mann bei Mann die Rotarmisten. Der Regimentskommissar tritt mit ernster Miene in den großen Kreis und eröffnet das — Volksgericht. Der erste Angeklagte ist eine riesengroße mit Wapierlappen und Papptrone geschmückte Strohpyramide, der Zar! Ein Kläger tritt vor und zählt alle seine Sünden auf. „Uns Feuer mit ihm!“ schallt es von allen Seiten. Das Urteil ist gefällt. Der zweite Angeklagte, eine riesengroße, spindeldünne Pyramide, der zaristische Offizier, wird ebenfalls ohne erst den Kläger zu hören, zum selben Schicksal verurteilt. Ihnen folgt der dicke Bourgeois, der Böse, und zuguterletzt, mit langem weißen Bart und schon geschwinder langer Pfeife ausgerüstet, der liebe Herrgott selber, sie alle sollen im Feuer schmoren, so verlangt es das Volksgericht!

Unter Schreihufen der Menge werden die fünf zum Feuerbode Berurteilten zum Scheiterhaufen geschleppt und dort an Pfählen festgebunden. Zwei Maschinengewehre eröffnen ihr Feuer auf die Strohpyramiden. Dann wird der Scheiterhaufen entzündet und im Au-vergehren die Flammen unter dem tosenden Beifall der Rotarmisten Jar, Offizier, Bourgeois, Böse und den lieben Herrgott. — Da, auf einmal ist das ganze Klubgebäude in ein purpurnes Feuermeer getaucht. Prasselnd laufen Raketen durch die Luft. Vom Dache des Klubs erkönen von der Regimentskapelle über die nächtliche Stadt die Klänge der Internationale. Stumm, mit leuchtenden Augen und mit entblößtem Haupte laufen die 1000 Kolaken diesen würdevollen Klängen. In Schutt und Asche aber liegt der Scheiterhaufen.

Der Jubiläumstag wird durch Parade eingeleitet. Schon am frühen Morgen strömen von allen Seiten die Jüge mit wehenden roten Fahnen zum Paradeplatz. Dort kommt ein Radfahrerzug, dort die Parteioffiziere, die kommunistische Jugend, die Frauenorganisation, sie alle rufen mit ihren Fahnen in streng militärischer Ordnung auf dem Paradeplatz an. Im Biered wird Aufstellung genommen, in der Ferne ertönt Regimentsmusik. Das Kommando „Smirna!“ (Achtung, stillgestanden!) ertönt. Die Fahnen senken sich, das 90. Ural-Regiment rückt mit seinen 4 Ehrenfahnen an. Schnell ist die Aufstellung beendet. Die

Kommandantur, die Kapelle (steht den Regimentsmarsch. Der Regimentsstab kommt angepöngelt. Guten Tag! „Genossen!“ „Guten Tag!“ schallt es viel tausendstimmig zurück. Es lebe das 90. Ural-Regiment! Es lebe Sowjetrußland! Es lebe die Weltrevolution! Ein brause des dreifachen Hurra antwortet. Der Stab begrüßt sodann die Organisationen, die das „Ehestum“ über das Regiment haben. Im Ehestum zeigt sich so recht die enge Verbindung zwischen der Roten Armee und der Arbeiter- und Bauernschaft. Es gibt wohl kaum eine Gewerkschaft, eine Konsumgenossenschaft, eine Bauernorganisation, die nicht mindestens ein Ehestum inne hat. Und all diese Ehesten weitestens untereinander: Jeder will seinem Truppenteile schönere Uniformen geben als der andere.

Auch das 90. Ural-Regiment ist schon ganz gut, wohl aber noch nicht einseitig uniformiert. Die Vertreter der Cheforganisationen sehen gerade hier bei der Parade, was sie in der nächsten Zeit für ihr Regiment tun müssen. Jetzt nehmen sie, die Gewerkschafts- und Bauernvertreter, am rechten Flügel des Regiments, unmittelbar neben den wunderbaren roten Regimentsfahnen Aufstellung. Wieder ertönt Kommandos, wieder Regimentsmarsch, der Kommandant des Armeekorps und der Korpskommissar, beide frühere Fabrikarbeiter, kommen, die Parade abzunehmen. Unter den Klängen der „Internationale“ schreibt der Korpskommandant mit dem Regimentsstab und den Chefs die Front ab.

Dann beginnen die Begrüßungsansprachen der verschiedensten Organisationen und Behörden. Auch ich spreche als Vertreter des deutschen Proletariats. Als ich das zur Redezeit erbaute Auto besteige, erschallt Brausend über den Platz: „Es lebe das deutsche Proletariat! Es lebe die Komintern! Es lebe die kommende deutsche Oktoberrevolution! Hurra!“ Und wachlich erhaucht die „Internationale“ über das weite Feld. Meine Worte verstanden die Kolaken zwar nicht, aber sie fühlten doch, daß da drüben in Deutschland die Arbeiter ebenfalls kämpfen, daß die Komintern kein Phantasma ist, daß die Weltrevolution kommen muß. Und als meine Rede überließ wurde, da wollten die Hörer auf das revolutionäre deutsche Proletariat auf die SPD und die

Nach der Parade ist im Speisesaal des Klubgebäudes großes Festessen. Die großen Holzische sind zur Feier des Tages weiß gedeckt. Heute gibt es drei Gänge, einfach zubereitete aber schmackhafte und kräftige Speisen: Kohlsuppe, pro Mann ungefähr ein halbes Pfund Fleisch mit Kartoffeln und Sauce, und dann noch eine Obstsuppe. Nicht ein einziger der 1000 Kolaken braucht mit knurrendem Magen den Tisch zu verlassen. Aus den Speisesälen bestaunt jeder einzelne noch 25 Zigaretten und ein halbes Pfund Konfekt. Man ist in glänzender Stimmung; es wird gesungen und geschätzt. Die Kapelle spielt Soldatenlieder. Da werde ich gebeten, einiges von dem Leben der deutschen Arbeiter und von den revolutionären Kämpfen in Deutschland zu erzählen. Ich sprach zu ihnen von der Vereindung des deutschen Proletariats, wie es jetzt gegen die deutschen und die französischen Kapitalisten zu gleicher Zeit kämpfen muß, und ich erzählte ihnen auch von Noke und seiner Reichswehr. Da antworteten sie mir, daß sie selbst kommen würden, um mit Noke und seiner Rumpanen Abrechnung zu halten.

Kaum hatte ich meine Rede beendet, da wurde ich von 30 oder 40 Mann gepackt und unter dem Rufe: „Es lebe das revolutionäre Proletariat Deutschlands!“ und unter dem Lärm der Musik mit Hurra 20 bis 30 mal in die Luft geschleudert und immer wieder aufgesetzt. Dann packten die Rotarmisten ihren Regimentskommandeur, und auch er wurde in der Luft fliegen. Der Kommissar, die Ehestumsvertreter, einer nach dem anderen mußte nun „hoch“ leben, ja, manche zwei, dreimal hintereinander!

Am Regimentsfeierabend durfte man auch bei Kranken im Regimentslazarett nicht verpassen. Auch hier im Saale des Lazarets wurde nunmehr ein Meeting abgehalten. Und auch hier ließ man einen nach dem anderen „hoch“ leben. Mit Konzert, Theater und Tanz wurde dem hiesigen Regimentsfeierabend beschlossen. Und bevor es sich nicht jeden Tag wurde ich mit Frögen bestärkt. Wie steht es in Deutschland? Wann kommt endlich die deutsche Revolution? Und immer wieder hörte ich: „Gute Nacht, deutscher Genosse, wie sind nicht nur die Roten Armee Sowjetrußlands, wie sind die Internationalen Rote Armee der Weltrevolution!“

Schwidler an den Staat beim die Stadt Dresden. 11. Erhöhung von Dienstaufwandsentschädigungen. 12. Aufhebung des Kreislagbeschlusses Ziffer 7 vom 26. Juni 1922 betreffend Aufnahme eines Darlehens zur Deckung der Ausführungskosten der Kleinpflasterungen bei Deutsch-Wissa und Schönborn. 13. Aufhebung des Vertrages zur Errichtung der Kadaververnichtungs- und Verwertungsanstalt. 14. Beteiligung des Kreises mit einer Stammeinlage von 500 000 Mark bei der Preussischen Landesbrandversicherungsanstalt. 15. Erhöhung der Kreisbrandsteuer. 16. Einführung einer Kreissteuer von der Jagdausbildung. 17. Erlass einer Verwaltungsgebührenordnung. 18. Vorlegung der Jahresrechnung der Kreiskommunalkasse für das Rechnungsjahr 1920 behufs Entlastung. 19. Feststellung des Voranschlags der Kreispar- und Girokasse für 1923. 20. Feststellung des Kreishaushalts-Voranschlags für das Rechnungsjahr 1922. 21. Feststellung des Kreishaushalts-Voranschlags für das Rechnungsjahr 1923. 22. Veränderung eines Schiedsmanndistrikts. 23. Erhöhung der Wohnungsbauabgabe.

Unbedenklichkeit anonymer Anzeigen. Der Städtische Diebstahlverfolgungsstelle und anderen städtischen Dienststellen sind in letzter Zeit wiederholt namenlose Anzeigen über angebliche Unregelmäßigkeiten in der städtischen Verwaltung zugegangen. Teilweise wurde mit der öffentlichen Bekanntgabe vermeintlicher Missetaten in den Tageszeitungen gedroht, wenn der Magistrat nichts gegen die Beschuldigten unternehme. Die Städtische Diebstahlverfolgungsstelle sieht sich veranlaßt, auf die Unbedenklichkeit dieses Verhaltens nachdrücklich hinzuweisen. Durch die Veröffentlichung in den Tageszeitungen werden die Verdächtigen rechtzeitig gewarnt. Ein wirkungsvoller Zugriff wird dadurch bereinigt. Aber auch namenlose Anzeigen nützen dem Magistrat recht wenig, da sie nicht die Möglichkeit bieten, durch Rückfragen bei einem Kenner der Verhältnisse einen erfolgreichen Zugriff vorzubereiten. Der etwas gegen städtische Bedienstete vorzubringen hat, der müde sich in unauffälliger Weise mühen mit der Städtischen Diebstahlverfolgungsstelle, Bürobarade, Blücherplatz, Zimmer 21, in Verbindung setzen und die Geheimhaltung seines Namens beantragen. Einem solchen Antrage wird stets Folge gegeben, wie dem überhaupt die Städtische Diebstahlverfolgungsstelle so vorsichtig und unauffällig als nur irgend möglich arbeitet. Namenlose Anzeigen dagegen verursachen nur nutzlose Arbeit und führen letzten Endes doch zu einem Mißerfolge, über den sich nur der Täter freut, dem man nichts nachweisen kann.

Der Arbeitsnachweis im Monat April. Der Magistrat schreibt: Im April trat eine weitere Verschlechterung der Arbeitsmarktlage ein für die Lederindustrie, das Holzgewerbe, die Nahrungs- und Genussmittelindustrie (mit Ausnahme des Getreidewerkes) und die kaufmännischen und technischen Angestellten. In allen übrigen Berufen ist eine geringe Besserung festzustellen, jedoch sich das Gesamtergebnis gegen den Vormonat etwas günstiger stellt. Im Einzelnen ergibt sich folgendes: Auf 100 offene Stellen kamen Arbeitsnachweise in der Lederindustrie 1023 (1159), im Holzgewerbe 636 (497), im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe 1253 (845), kaufmännische Angestellte 620 (493), technische Angestellte 973 (733), in der Metallindustrie 1071 (1722), im Baugewerbe 1665 (2728), im Dienstleistungsgewerbe 650 (1800), im Gast- und Schenkwirtschaftsgewerbe 121 (131), im Verkehrsgewerbe 1586 (2242), sonstige Lohnarbeit 1133 (1130). Vermittlungen wurden im Durchschnitt 57,6 auf 100 offene Stellen erzielt. In der Lederindustrie, im Holzgewerbe, in der Getreidewirtschaft und im Dienstleistungsgewerbe konnten sämtliche offene Stellen besetzt werden, während in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, im Baugewerbe und bei sonstiger Lohnarbeit fast alle Stellen besetzt werden konnten. Am ungünstigsten war das Verhältnis im Getreidewerbe, im Verkehrsgewerbe und bei den Angestelltenberufen. Bei den weiblichen Berufen ist nur im Ernährungsgewerbe und bei den Lagerhaltungsberufen eine Verschlechterung eingetreten; in allen übrigen Berufen ist eine Besserung zu verzeichnen. Von 903 Kriegswidrigkeiten und Gewerbebeschränkungen wurden 92 vermittelt.

Aus der Provinz
Altkreiser Parteiverammlung. Am vergangenen Sonntag hielt die hiesige Ortsgruppe der KPD. ihre Mitglieder-Verammlung ab. Den Redner hielt eine. In der ersten Hälfte der Tagung wurde über die gegenwärtige politische Lage, über die Vorgänge im Reich und über die Aufgaben der Partei. Der Redner sprach die in verständlicher Weise aufzuklären, die Arbeiterpartei entgegen zu wirken, sei eine Reichsarbeiterregierung notwendig. Gegen die parlamentarischen Verfahren müsse proletarische Handhabungen geübt werden. Am Ende der Tagung wurde die Beschlüsse der Parteiverammlung zu beschließen. Die Kontrollen sind notwendig. Am all diese Maßnahmen durchzuführen, ist es notwendig, daß wir unsere Partei mehr und mehr ausbauen, jeden Parteigenossen zur Mitarbeit heranziehen. Aber den Parteigenossen hinaus müssen wir jene Tätigkeit betreiben, die eine Revolution mit der Arbeiterpartei verbindet. Wir müssen diese Tätigkeit gegen arbeiten, die da glauben, die sich die Arbeiterpartei durch Propaganda zu erwerben. In der Diskussion sprachen die Genossen: Krawinkel, Berr, Jand und Jahn. Unter Ber-

schiedenen regt Genosse Jahn einen Familienausflug an, um unter den Genossen und Bekannten der Ortsgruppe das Gemeinschaftsgefühl zu pflegen, um den Frauen der Ortsgruppe eine Freude zu bereiten. Als Ausflugsort wird Wädgen bestimmt, und der Ortsleiter die weiteren Maßnahmen überlassen. Ebenfalls wurde die Ausflugsreise der Ortsgruppenmitglieder empfohlen, es werden Sammelkarten herausgegeben, um so auch die Sympathisierenden in den Dienst der Partei heranzuziehen. Mit dem Hinweis, rege für die Versammlung am Freitag zu agitieren, wurde die Versammlung geschlossen.

Neustadt-Wiese Gräßlich. Landarbeiterausbeutung. Ein sehr feiner Herr ist der Oberinspektor des Dominiums des Grafen Solth. Es liegt ihm sehr am Herzen, daß auf seinem Hofe Kommunisten sind. Unter irgend-einem Vorwand sucht er dieselben zu entlassen. Er ist auch als Menschenhändler bekannt. Frauen, welche noch Säuglinge haben, treibt er zur Arbeit. Als eine Frau äußerte, daß sie doch ihre Kinder nicht allein lassen könne, sagt dieser Gräßliche Herr: „Ich werde euch wohl am Ende noch müssen Kinder-mädchen stellen.“ Bei Lohnkürzungen und Abzügen ist er der erste. Für einen Wochenlohn von 6000 M. müssen die abgemagerten Gestalten schuften von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends. Knechte bekommen einen Monatslohn von 10.000 Mark. Wo wenig Kinder sind, heißt es noch Geld bezahlen für Steuer und Krankenversicherungsbeiträge. Das Deputat reicht gerade zum Leben. Wo bleibt Zeit, Butter, Kleidung, Schuhwerk usw.? Die Erbhagrarier treiben diese Proleten zur Verzweiflung. Deshalb ist Herr Solth ja auch Kommissar fürs Ruhrgebiet. Ja, die Regierung kennt ihre Leute!

Neustadt OS. Die Maffei-Demonstration gestaltete sich hier zu einer wichtigen Kundgebung gegen die Regierung und gegen den Faschismus. Genosse Scholz aus Ziegenhals hielt das Referat. Gegen 4000 Proleten waren aufmarschiert. Die KPD hatte nur abends eine feierliche Zusammenkunft abgeräumt, aus Furcht, daß sie sich öffentlich klammern könnte. Immer mehr geht die KPD zurück und ihrem Grabe entgegen. Die Maffei wird ihr wohl den Todesstoß versetzt haben.

Cosel OS. Sozialdemokratische Sabotage der Maffei. In Cosel gestaltete sich die Maffei ebenfalls zu einer Maffei-Kundgebung mit anschließender Demonstration. Auch hier hatte sich die KPD in ihre Reihen verschanzt. Diese Partei, welche schon seit Jahren hier besteht, war auch hier zu feige, eine Maffei zu veranstalten, während unsere Ortsgruppe, die erst seit ein paar Wochen besteht, eine wichtige Kundgebung machte. Es sprach der Genosse Beimeier-Trenkelt über die Bedeutung der Maffei, Faschismus und Ruhrkrieg. Er geißelte die bürgerliche Gesellschaftsordnung und forderte zur geschlossenen Abwehr gegen den Faschismus auf. Reicher Beifall zeigte von dem Willen zum Kampf. Beim Abmarsch hatten sich hier circa 30 Hülfsleute eingeschoben, welche Deutschland, Deutschland über alles! sangen. Sie wurden aber durch den Gesang der „Internationale“ überführt und mußten einsehen, daß sie gegen die Masse der Arbeitermassen waren. Abends fand eine große Kundgebung statt, zu der sich auch SPD-Gewerkschaften schickten, die uns waren sie nicht anzugewöhnen, damit die Feier nicht gestört werde. — Die Epochen von Cosel hatten einen großen Schrecken bekommen, bedauert der Sowjetstern war ihnen etwas Neues.

Das bürgerliche Quartier des Ortes suchte weitere Feiern zu verhindern.

Hindenburg OS. Stadtratsverordneten-Sitzung am 14. Mai. Unter Mitwirkung des Magistrats ist zu erwägen, daß für die Stelle des ersten Bürgermeisters im ganzen 32 Bewerbungen eingelaufen sind. Mit der Einsetzung der Bewerberinnen soll sich noch diese Woche der Bürgermeisters-Auswahl begeben. Die Hindenburg-Wohnungsnot wurde auf Grund eines Antrages der SPD. grell beleuchtet. Durch Erbelungsarbeiten werden nachlässig im Erdteil 55 und im Erdteil 50 Häuser fertiggestellt. Ein Dringlichkeitsantrag des Magistrats betreffend von einer Synopsen-Plan zur Beratung und Annahme. Die Stadt verpflichtet sich, das erforderliche Baugelände in der Maffei-Strasse unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Der Eintritt in die eigentliche Tagesordnung wurde eine Erklärung verlesen, die von sechs Parteien unterzeichnet war und den Zweck hatte, den Kampf der Arbeiterpartei gegen die Regierung zu erklären, der in acht revolutionären Forderungen mündet, abzuschließen. Die kommunistische Partei kann diese Erklärung, die an erster Stelle mit KPD. unterzeichnet ist, nicht unterschreiben, da doch der Moment, wo die Große Sozialistische Front zusammen kommen soll, dafür recht günstig ist. Aus der Reihenfolge der Unterzeichner erkennt man die „Gefährliche“ der „Großen Sozialisten“, KPD, Arbeiterpartei, Deutsche Arbeiterpartei, Demokratische Partei, Sozialistische Partei. Die Deutsche Arbeiterpartei hat sich „entschieden“ für die Erklärung der Erklärung auch für diese Erklärung. „Gib Beten und magst ruhig sein — und Proleten ermahnen.“ Zu Beschlüssen wurden beantragt: Spielverein Hindenburg, 50 000 M., Sportklub „Diana“, 100 000 M., Verein Deutscher Arbeiter, 100 000 M. Dem Antrag zur Deutschen Arbeiterpartei zu unterstützen wurde mit einem

Jahresbetrage von 600 M. zugestimmt. Das Antragswort für Verhandlung Ortsamer wurde dahin geregelt, daß dieses das Lebensjahr von dem Tage von 850 beträgt. Die Geschäftsanteile für das „Schles. Landes-orchestra“ wurde von 50 000 auf 100 000 Mark erhöht, ferner für die Errichtung einer Baumschule 17 000 M. bewilligt. Schließlich wurde auch eine Erbhaggen von 500 000 Mark aus Anlaß des 25jährigen Priester-Jubiläums des Pfarrers Beschl. bewilligt. Ein Wechsell für 500 000 Mark sollte dieser „Größe“ der geistig führenden Schichten als Ehrengabe überreicht werden. Im letzten Moment wurde jedoch davon Abstand genommen und dieser Betrag für eine „Pfarrer-Beschl.-Stiftung“ umgewandelt.

Mit Recht griff Genosse Wäus in die Debatte ein und beantragte Ablehnung der Ehrengabe mit der Begründung, daß einem Arbeiter, wenn er 25 Jahre produktive Arbeit geleistet hat, auch keine Ehrengabe zu Teil wird. Weiterer würde viel besser sein und mancher sogar schon mit einer Bettstelle und Strohsack zur Liebe gestellt werden. Genosse Wenner bemerkte noch, daß eigentlich Pfarrer Beschl. allen Grund hätte, selbst einen Betrag für wohltätige Zwecke herauszuwerfen, nachdem es ihm vergönnt gewesen ist, 25 Jahre lang ein fettes Amt zu bekleiden. Natürlich hat sich ein Magistratsmitglied ein Bruder des Pfarrers, Kaufmann Beschl., zu Wort gemeldet und betont, daß es einem Pfarrer heute nicht besser geht, wie jedem „höheren“ Beamten. Nun geht es aber diesen „höheren und höchsten“ Beamten nur deshalb schlecht, daß die Proleten immer mehr erziehen, weniger „Bildlinge“ machen, die „gehobene“ Hand seltener geküßt wird, und aber in der Hauptsache die roten Fahnen mit dem Sowjetstern noch immer wie das rote Tuch auf den Stier wirken.

Genosse Scholz stellte die Anfrage, warum nicht auch den Arbeitern in der Kommune für 25-jährige produktive Arbeit 1/2 Million bewilligt wird.

Nach Erledigung von einigen Grundstücksangelegenheiten wurde eine Anleihe von 200 Millionen aus der Reichskredithilfe zur Fortsetzung der Wohnungsbauten beschlossen.

Zum Punkt Steuerangelegenheiten kam auch ein Stadtratsmitglied der Rechtsparlei zu Wort und sprach gegen eine Erhöhung der Gewerbe- und Kapsteuer. Doch hat ihm die Verlegenheit die Sprache geraubt, als ein Abgeordneter der linken Partei dem Hause die Mitteilung machte, daß auf dem Schließigen Städte-Tag der Oberbürgermeister von Breslau nachstehendes behandelte hat:

Ein Schmeiderindustrieller (Kommernier) kam zu ihm und im Laufe der Unterhaltung sagte dieser zum Oberbürgermeister: Sagen Sie mal Herr Oberbürgermeister was haben Sie für eine Steuerordnung, ich muß mich vor meinen Arbeitern und Angestellten schämen, daß ich weniger Steuer zahle, wie diese. Ich lebe gut, fahre mehrere Monate ins Bad mit der Familie, habe andere Bequemlichkeiten und brauche weniger Steuer zahlen, wie meine Angestellten. Dieses Eingeständnis soll sich jeder Proletarier so einhängern, daß er es nicht vergißt.

Die Wohnungsbaubauabgabe wurde auf das dreifache festgesetzt, selbstverständlich ohne die Zustimmung der kommunistischen Partei.

Genosse Wibera glaubte einen Verrat an der Arbeiterklasse zu begehen, wenn Arbeitervertreter für eine Erhöhung der Wohnungsbaubauabgabe stimmten, da die Arbeiter schon ohnehin am schlimmsten ausgebeutet sind. Die großen Wohnungen sollen nur beschlagnahmt werden und dies würde einen sofortigen praktischen Fortschritt bei der Lösung der Frage über die Wohnungsnot bedeuten. Genosse Wäus unterkühlte diese Forderung und meinte, man müsse zur Tat schreiten. Es ist ein Zivilisationsgesetz unter Dach und Fach gebracht, und damit nichts erreicht worden. Nur eine Wohnungsreform würde mit einem Schläge jener Wohnungen irremachen, daß keine einzige Familie mehr im Keller oder Stall kampieren braucht. Zur weiteren Erledigung kamen noch Versicherungs- und Schulangelegenheiten. Ka.

Aus Gewerkschaften und Betrieben

Die letzten Kämpfe des englischen Proletariats

Von I. T. Murphy London

In den letzten Monaten haben in fast allen Zweigen der englischen Industrie heftige Kämpfe zwischen den Kapitalisten und Arbeitern stattgefunden. Im Dezember 1922 hatte ein Bergarbeiterstreik in Southport stattgefunden. Es war dies eine außerordentlich trübselige Zusammenkunft. Ein Delegierter nach dem anderen mußte berichten, daß die Bergarbeiter in keiner Gegend Arbeitsunterstützung in Anspruch nehmen wollten, um damit die Löhne zu ergänzen. Es gab 7000 arbeitslose Bergleute. Die Löhne fielen bei vermehrter Produktion. Ein Teil der Delegierten verlangte, daß man das bestehende Lohnabkommen einbüßen und eine neue Lohnabrechnung im ganzen Lande einleiten solle. Aber Herr Hodges überredete die Delegierten, zu nicht mit Bonar Law zu verhandeln und dann in drei Monaten wieder zusammenzukommen. Zu derselben Zeit bereiteten sich die Bauarbeiter vor, den Lohnbau und der Arbeitszeitverlängerung Widerstand zu leisten. Die Löhne für Ende März angebrochen waren. Die Arbeiter der Eisenbahnerbetriebe war ebenfalls ein Lohnbau angebrochen. Ebenso war eine Arbeiteroffensive in Vorbereitung gegen die Bauarbeiter und Seelen, gegen die Elektrikarbeiter und Textilarbeiter. Man konnte für den März eine große Krise erwarten. Was geschah nun tatsächlich?

Die Bauarbeiter verlangten eine Verlängerung der Arbeitszeit von 44 auf 47 Stunden in der Woche und einen Lohnbau um 2 Pence für die Stunde. In einer Urabstimmung lehnten die Mitglieder des Bauarbeiterverbandes in erdrückender Mehrheit diese Forderungen ab. Die Untertagearbeiter forderten eine Lohnerhöhung um 15000 Bauarbeiter in England waren bereits ausgebeutet. In der letzten Zeit haben die Bauarbeiter in Norfolk im Streit. Und Herr Hodges von den Bergarbeitern proklamieren die Eisenbahner und begann Verhandlungen mit den Metall-

führer veranfaßten sich in diesen Wochen in London, um die Situation zu prüfen. Die Führer des Bauarbeiterverbandes erklärten, daß die Lohnerhöhung, mit der die Bauarbeiter mehr drohen, geschwellig sei. Sie forderte darüber einen Schiedspruch. Die Arbeiter wollten davon nichts wissen. Aber sie verlangten einen Schiedspruch über die Löhne und über die Arbeitszeit. Das wollten wieder die Arbeiter nicht zugeben. Aber da trat im letzten Augenblick der Ketter auf, das war Herr Ramsay Macdonald, der Führer der Arbeiterpartei im Unterhaus. In launiger, überzeugender Weise redete er beiden Seiten zu, sie sollten doch zur Vernunft kommen, und es geschah. Die Lohnerhöhung wurde abgelehnt, aber die Löhne erfolgten ein Schiedspruch, und über die Frage der Arbeitszeit erfolgten Urabstimmungen in den einzelnen Bezirken Englands. Dabei hat der Bauarbeiterverband jahrelang gekämpft, um einheitliche Arbeitsbedingungen für das ganze Land zu erhalten. Nachdem die Urabstimmung der Bauarbeiter des ganzen Landes sich mit erdrückender Mehrheit gegen die Vorschläge der Unternehmer erklärt hatte, stößt man jetzt das Abstimmungsergebnis um und verzettelt die Bewegung in kleine lokale Auseinandersetzungen.

Was geschah nun mit den Bergarbeitern? Im Dezember hatte Herr Hodges den Bergarbeiterverband dahin gebracht, daß er Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten beginnen und nach drei Monaten die Sache wieder überlegen wollte. Inzwischen verhandelt Herr Hodges mit Bonar Law. Der Ministerpräsident bewilligte ihm nichts, nicht einmal ein Versprechen. Am 27. März trat die Bergarbeiterkonferenz erneut zusammen. Hodges erstattete Bericht. Zwei Bezirke verlangten die sofortige Kündigung des Lohnabkommens, aber Hodges spielte eine lokale Organisation gegen die andere aus und setzte es schließlich durch, daß jeder Bezirk getrennt über die Fortdauer des jetzigen Lohnabkommens abstimmen sollte. Das ist ein verhängnisvoller Streich, denn die Bergarbeiter in Yorkshire arbeiten z. B. unter dem jetzt geltenden Abkommen unter andren Bedingungen als die Bergleute von Wales und Durham. Yorkshire wird für das geltende Abkommen stimmen, Wales dagegen, und so wird ein Bezirk gegen den andern kämpfen, und dann wird Herr Hodges das zum Vorwand nehmen und versichern, daß der Landesbergarbeiterverband nichts tun könnte.

Nun kommen wir zu den Arbeitern der Eisenbahnbetriebe. Es war ein alter Streit, welche Gewerkschaft Anrecht auf die Eisenbahnbetriebsarbeiter habe. Das Kartell der Gewerkschaften der Metall- und Schiffbauindustrie, das 47 Gewerkschaften umfaßt, hat Mitglieder in den Eisenbahnbetrieben. Auch der Verband der Maschinenbauer hat dort zahlreiche Angehörige. Der Eisenbahnerverband möchte diese ganze Arbeitergruppe an sich reißen, und der Bauarbeiterverband hat dort ebenfalls Mitglieder. Diese sämtlichen Gewerkschaften bemühen sich nur um die Wette, die Interessen der Eisenbahnbetriebsarbeiter zu vertreten. Als die Lohnbetretung begann, wählten sich die Metallarbeitergewerkschaften zusammen mit dem Eisenbahnerverband eine Konferenz abzuhalten. Das Metallkartell verhandelte getrennt mit den Unternehmern, daselbst hat der Maschinenbauerverband und gleichfalls der Bauarbeiterverband. Die Unternehmer wollten einen Lohnbau um 6 Schilling, 6 Pence in der Woche vornehmen. Der Eisenbahnerverband beschloß, die Frage einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Der Maschinenbauerverband lehnte die Forderung der Unternehmer ab und formulierte Gegenforderungen, die aber geheim bleiben sollten. Das Metallkartell veröffentlichte darauf diese Gegenforderungen und lehnte sie zugleich ab. Nun lehnte auch der Maschinenbauerverband seine eigenen Gegenforderungen ab. Drei einzelne Gewerkschaften aus dem Metallkartell beschloßen, eine Urabstimmung über die Vorschläge der Unternehmer vorzunehmen und dabei an Mitgliedern Ablehnung zu empfangen. Der Bauarbeiterverband lehnte ebenfalls die Bedingungen ab. So geht das Schicksal weiter. Inzwischen streifen die Bergarbeiter in Südwest als Protest gegen die Beschäftigung von nichtorganisierten Arbeitern. 30 000 Textilarbeiter in Dundee sind ausgeperrt. 60 000 Arbeiter der keramischen Industrie werden mit Lohnerhöhung bedroht, und 20 000 Landarbeiter kämpfen gegen Lohnbau!

Aber der Konflikt der Landarbeiter hat Ramsay Macdonald herauf gemacht. Die Landarbeiter verteilten sich gleichfalls auf verschiedene Gewerkschaften; den Landarbeiterverband, den Schottischen Landarbeiterverband und den Allgemeinen Arbeiterverband. In den letzten zwei Jahren haben die Unternehmer ständig die Lebenshaltung der Landarbeiter herabgedrückt. Aber niemals wurde versucht, die gesamte Landarbeiterkraft zu einem einheitlichen Kampf zusammenzufassen. Jeder Bezirk hat seinen gesonderten Tarifvertrag. So traten die Landarbeiter von Norfolk getrennt in den Streit. In Norfolk war im September 1921 der Landarbeiterlohn von 46 auf 42 Schilling die Woche herabgesetzt worden. Im Oktober 1921 erfolgte ein weiterer Abbau bis auf 35 Schilling. Im März 1921 setzte man sich: 30 Schilling für 50 1/2 Stunden in der Arbeitswoche bis zur Ernte, und nach der Ernte 25 Schilling für 50 Stunden. Im Februar 1923 wollten die Landwirte nur noch 5 Pence für die Stunde bezahlen bei einer 54-Stundenwoche. Später boten sie 26 Schilling für die 54-Stundenwoche. Die Arbeiter lehnten unbedingt die 54-Stundenwoche ab und verlangten die 50-Stundenwoche. Und nun trat der Arbeiterführer Ramsay Macdonald in Aktion. Er führte eine Herfindung herbei, die sehr verlockend ist, aber doch im wesentlichen 22 Schilling für die 54-Stundenwoche bedeutet. In der Frage der Arbeitszeit hat Ramsay Macdonald eine volle Kapitulation der Streikenden herbeigeführt. Das war die Tat des großen Staatsmannes. Früher hatte schon Reich, als er den Barrott der Anter-damer Internationale verurteilte. Rein Runter, daß die Massen der englischen Arbeiter gewerkschaftlich und demokratisch sind. Was der Anter-damer Führer in den letzten Wochen in England geleistet hat, kann man nicht bezweifeln. Er brachte ihnen die Idee, daß diese Führer durch ihre eigenen Taten sich selbst schnell ihr Grab gruben.

Wazlaw Worowski's letzte Fahrt

Von Karl Radek

Die Berliner Arbeiterchaft gab gestern dem Genossen Worowski auf seiner letzten Fahrt Geleit aus dem kapitalistischen Europa, das ihn gemordet hat, in sein geliebtes, proletarisches Vaterland, in das rote Russland.

Die Arbeiter Deutschlands kannten ihn nicht, sie erblickten ihn erst, als er, von der Kugel hingestreckt, seinen Kampfposten mit seinem Geiste bedeckte. Sie erkannten in ihm ihren eigenen Vorkämpfer erst in dem Augenblick, wo die rote Fahne seiner Hand entfiel.

Wazlaw Worowski kämpfte in den Reihen des internationalen Proletariats seit 20 Jahren. Als junger Student des Polytechnikums lernte er nicht nur den Bau der Maschinen, lernte er nicht nur die Gesetze der Technik, die die Welt dem Kapitalismus botmäßig machen, er lernte den Kampf der lebendigen Menschen, die hinter der Maschine stehen, er lernte die Gesetze des proletarischen Klassenkampfes, der die Welt aus den Fesseln des Kapitalismus befreien wird. Es bereitete sich in Worowski die Klarheit des mathematisch-technischen Wissens, die innere Ruhe und Heiterkeit des Naturwissenschaftlers, der die ewigen Gesetze kennt, mit der festen Zuversicht, mit dem Willen des proletarischen Kämpfers, der voller Glauben und Zuversicht ist, weil er weiß, was kommen muß, und der kämpft, um das Kommende zu beschleunigen.

Wazlaw Worowski begnügte sich nicht mit dem theoretischen Studium des Sozialismus, er war einer von denen, die in den 90er Jahren die junge, aufwachende russische Arbeiterklasse in illegale Organisationen zusammenschloß, aufklärten und in den Kampf führten. Schon vor der Revolution des Jahres 1905 mußte er für seine Tätigkeit in Gefängnissen und in der Verbannung hüten und die Zeit, die er in schrecklichen Verhältnissen im nassen Gefängnis von Drel zubrachte, hat seine Gesundheit für das ganze Leben untergraben. Die Partei betraf ihn noch vor der Revolution in ihre höchsten Stellen. Er redigierte zusammen mit Lenin das erste Organ der Bolschewiki, den „Proletarier“, und während der ersten Revolution war es Worowski, der im Auftrage der Partei ein gut Teil ihrer wichtigsten Aufklärungsarbeit leistete. Die große Klarheit seiner Gedanken, die große innere Schlichtheit erlaubte ihm, im Namen der Partei so zu schreiben, daß jeder Arbeiter verstehen konnte, was die Partei will.

Nach der ersten Revolution, nach der großen Niederlage des Jahres 1907, kamen Jahre des Gefängnisses, der Verbannung, neuer Not, neuer Kämpfe um ein Stückchen Brot für sich und die Familie. In dieser ganzen schweren Zeit, wo Tausende und Tausende Intellektuelle die niedergeborenen Arbeiter verließen, blieb Worowski der Partei treu und half ihr, wo er konnte.

Es kam der Weltkrieg und in der ganzen Welt verbrannten die Führer der Sozialdemokratie das, was sie bisher mit Worten angebetet hatten, sie bespuckten die internationale Fahne des Sozialismus und operierten den Wörtern des Nationalismus. Worowski, der als Ingenieur einen Posten in Stockholm hatte, blieb der Sache des internationalen Proleta-

riats treu und er half den führenden Parteilgenossen, die vom Auslande aus die Kämpfe in Russland aufs neue organisierten, die Verbindung mit Russland herzustellen. Seit der Februarrevolution gehörte er der Auslandsvertretung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Russlands an. Die Kerenski-Regierung suchte die Verbindung zwischen uns und der Partei so zu stören, daß sie sogar die Ausfuhr unserer legal in Russland erscheinenden Zeitungen verbot. Als Redakteur des ausländischen Pressbulletens der Bolschewiki und der Zeitschrift, die wir für das Ausland herausgaben, war ich vollkommen auf mich allein gestellt, sehr oft ohne jede Direktive des Zentralkomitees, und da war das ruhige, sichere, besonnene Urteil Worowski's die größte Hilfe. Die Artikel, die Worowski im „Boten der russischen Revolution“ im Sommer des Jahres 1917 veröffentlichte, stellen die einzige Arbeit dar, die aus seiner Feder deutsch erschienen ist. Sie zeigen ihn als den klaren Denker und ausgezeichneten Schriftsteller.

Die Oktoberrevolution machte ihn zum ersten diplomatischen Vertreter der Sowjetrepublik. Er entledigte sich seiner Aufgabe nicht nur mit großem Eifer und großer Ruhe, sondern mit der vollkommenen Festigkeit, die ihm erlaubte, bei der Wahrung aller Formen, die dem ersten proletarischen Staat durch die Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten auferlegt sind, immer klar hervortreten zu lassen, daß Sowjetrußland nicht ein Staat unter anderen ist, sondern der erste proletarische Staat. Als die Intervention sich vorbereitete, als die kleinen Vasallen der Entente, deren Druck folgend, die diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland abbrachen, kehrte Worowski nach Rußland zurück, wo er bis zum Jahre 1921 den Staatsverlag leitete. In diesen Jahren der großen Kämpfe und der schweren Not, wo es an allem fehlte, wo er wieder einmal hungern und in einer ungeheizten Wohnung leben mußte, behielt er immer das feste Vertrauen auf die Sache, verbunden mit dem warmen Humor, der ihm half, über alle Schwierigkeiten hinwegzuschreiten; sogar vor dem Anblick des Todes verlor er nicht diesen Humor und er zeigte das Gesicht mit seinem klaren Blick. Als er nach dem Ueberleben eines Typhus, von anderen Krankheiten geplagt, auf dem Sterbebett lag und ich ihn besuchte, um ihn zum letzten Male zu sehen, leuchtete es in seinen Augen auf und mühevoll hauchte er noch den Scherz aus: „Wollt Ihr mich zum Vertreter Sowjetrußlands im Himmel ernennen?“

Worowski ging als russischer Sowjetgesandter nach Rom. Vom ersten Moment der Gegenwart des Hasses und der Angriffe der Faschisten, ließ er sich für keinen Augenblick einschüchtern und blieb auf seinem Posten, als der Sieg der Faschisten in Italien direkt sein Leben bedrohte. Auf der Konferenz in Genua, auf der ersten Orientierungskonferenz der Sowjetrußland, diente er dem russischen Proletariat durch seine ausgezeichnete Kenntnis des Auslandes und durch sein ruhiges, besonnenes Urteil.

Nun fiel Wazlaw Worowski als Opfer des neuen Anarchismus, den die kapitalistische Welt

mit den englischen Slavenhändlern an der Spitze gegen Sowjetrußland vorbereitete. Sowjetrußland hat es gewagt, vor den Augen der Welt den englischen Slavenhändlern zu sagen:

Sowjetrußland hat es gewagt, in Lausanne aufzutreten als Verteidiger der in hundertjähriger Sklaverei lebenden Völker des Ostens. Sowjetrußland hat es gewagt, vor den Augen der Welt den englischen Slavenhändlern zu sagen:

Ihr habt die hunderte Millionen des Ostens jahrelang ausgebeutet und unterdrückt, ihr könnt noch jetzt ihnen das Joch aufdrücken, aber Eure Zeit, Eure Herrschaft wird nicht ewig dauern. Schon jetzt Euch in den Bauern und Arbeitern Russlands ein reißiger Feind auf, der Vorkämpfer nicht nur des Weltproletariats, sondern der Massen des Ostens, die, wenn sie sich erheben, die Welt erzittern lassen werden.

Darum wehe Sowjetrußland! Kurzum beschloß, den Völkern des Ostens zu zeigen, daß, wer sie die Unterdrückten einzutreten magt, der wird als rechtloser Parasit behandelt. Seine Beleidigung nach der anderen wurde der russischen Delegation angetragen, damit die Perser, damit die Türken, damit die Araber wissen, wer mit ihnen geht, ist ein Herbeiter, das mit Stöcken gezüchtigt wird.

Zur zweiten Lausanner Konferenz suchte er durch allerhand Winkelzüge die russische Delegation nicht mehr zuzulassen. Gleichzeitig begann das wilde Stesseltreiben der englischen Regierung, der englischen Propaganda gegen Sowjetrußland. Das russische Kominternbüro wurde Lumpenpack kriegte wieder Geld, das englische Budget hatte doch in diesem Jahre Ueberschüsse. Alle Abenteuerer witterten Morgenluft und die Vasallen der Entente, die in der letzten Zeit um Rußland schweibwebelten, um die Geschäfte abzuschließen, bevor ihnen die großen Fassische den Wiesen vor der Nase wegknappten, erzitterten vor dem Stürmischen Lord Curzon. Die Regierung der Schweizer Käse- und Schokoladenfabrikanten beschloß die russische Delegation nicht, weil sie nicht eingetragener war in die Liste der Schützlinge des Herrn Curzon. Herr Motta, der Direktor des politischen Departements in der Schweiz, mußte wissen, daß das Leben Worowski's bedroht ist, denn alle Journalisten in Lausanne wußten es. Am 8. Mai telegraphierte der Vertreter des Pariser „Temps“ an sein Blatt, daß die Faschisten den Presseleuten offen erzählen von der Vorbereitung der Gewaltaktion gegen Worowski, daß die Polizei es wisse, und er fügt hinzu, es werde ein Angriff geschehen, falls sie nicht eingreife. Aber Herr Motta und seine Polizeipolizei warteten, daß Worowski schreie: „Ich wünsche weder privat noch offiziell ermordet zu werden.“ Und da der mutige, stolze Vertreter der 150 Millionen russischer Bauern und Arbeiter sich sagte, „das ist nicht meine Sache, um den Schutz bei der Regierung, die mit meinen diplomatischen Passen visierte, zu betteln, es ist ihre Pflicht, mich zu schützen, — erlaubte es Herr Motta, Worowski zu ermorden, und das Lumpenpack, das land hat es in Genua abgelehnt, die Bauern und die Arbeiter Russlands dem ausländischen

Kapital zu verfluchen, die Eroberungen der Ostlich die Vertreibung des freien Schweizer Volkes nennt, hatte die Schamlosigkeit, bei den Offizieren seiner Volkst und bei der Sowjetregierung nicht einmal zu konsolidieren und die Vertreter der christlichen zivilisierten Mächte, die sich in Lausanne versammelt haben, um den Willen des Ostens beizubringen, wie man ein „zivilisiertes“ Leben führt, haben es nicht für nötig gehalten, auch nur ein Wort des Beileids zu sagen, nachdem ein Mitglied der ersten Lausanner Konferenz vor den Augen der zweiten ermordet wurde. Aus wofür, die internationale Arbeiterklasse wird darauf den Beweis sehen, daß die Mörder nicht an das Grab Worowski's heranzutreten wagten, damit kein Beigang nicht von neuem zu führen beginnt. Aus wofür, die Arbeiter Europas, wenn man ein Stawen vor dem proletarischen Kampf einzulösen magt, und von denen man die manntät forderte, sie werden den Herrn von Lausanne sagen: „Habt Mord, habt Mord, die Völkern, wie werden ihren Stawen verteidern, wie werden, verstehen, daß, ihr, und sagen wollt.“

„Zwischen dem unterdrückten Proletariat und zwischen seinen Unterdrückern gibt es keine menschlichen Bande und es gibt nur den Kampf und seine Gesetze.“

Wir werden den Leichnam Worowski's nach Rußland tragen und wir werden ihn über Rußland tragen und wir werden die Massen der Arbeiter und die Massen der Bauern Russlands fragen: „Wollt Ihr Euch als Parasit behandeln lassen?“ Und wir werden das Proletariat der Welt fragen: „Wollt Ihr Arbeiter der Welt zulassen, daß die Vertreter des ersten proletarischen Staates freiwillig für jede kapitalistische Kanaille sind?“ Wir sind um die Antwort der hunderte Millionen russischer Bauern und Arbeiter nicht lange, wir sind nicht lange um die Antwort des Weltproletariats. Als Jahres ermordet wurde, damit die Welt des Krieges auf die Welt losgelassen werden konnte, da fiel ein edelmännischer Mann, hinter dem keine kampfscheuen Truppen standen;

hinter dem Leichnam Worowski's wird in Rußland ein als Staatsgewalt organisiert Volk marschieren, eine Armee marschieren, die auf Kanonen mit Kanonen antworten kann, eine Armee, an deren Fahnen schon niemals der Sieg geheset hat. Hinter seinem Leichnam wird eine wachsende Armee des revolutionären Proletariats der Welt marschieren, die heute noch zu schwach ist, um die Macht zu ergreifen, morgen bereit werden kann, wenn die Herren der Welt keine andere Wahl belassen, als zum Siege oder zum Untergange.

Wie ein Blüßlicht beleuchtet der Schuß von Lausanne die Weltlage. Der Blitz ist gefallen aus höheren Wolken, die sich in einem Sturm entladen können. Wir sind im Sturm geboren und wir fürchten den Sturm nicht, wenn auch

„Opfer fallen hier, weder Samu noch Stier, aber Menschenopfer unerhört.“

Die Eisenbahn

Ein sozialer Roman von Jac London.

Die Revolte flackerte in einem Duzend Staaten auf. Die entlegenen Bauern nahmen gewalttätig Besitz von den Staatsregierungen. Das war freilich gegen die Verfassung, und die Vereinigten Staaten schickten natürlich ihre Soldaten ins Feld. Ueberall hehten die agents provocateurs die Bevölkerung auf. Diese Sendlinge der Eisernen Ferkel maskierten sich als Kleinhandwerker, Bauern und Landarbeiter. In Sacramento, der Hauptstadt von Kalifornien, war es den Bauernvertretern gelungen, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Tausende von Beheimagenten wurden eilig nach der ergebnen Stadt geschickt. Als Böbelhaufen, die sich selbst bildeten, verbrannten und plünderten sie Häuser und Fabriken. Sie bezogen das Volk so lang auf, bis es mit ihnen an den Wünderungen teilnahm. In großen Mengen wurde Schnaps unter den Böbel verteilt, um die Masse noch mehr zu erhitzen. Und dann, als alles bereit war, erschienen die Soldaten der Vereinigten Staaten, die in Wahrheit die Soldaten der Eisernen Ferkel waren. Elftausend Männer, Frauen und Kinder wurden in den Straßen von Sacramento niedergegeschossen oder in ihren Häusern ermordet. Die nationale Regierung nahm Besitz von der Staatsregierung, und für Kalifornien war alles vorbei.

Und wie in Kalifornien, so auch anderswo. Jeder Bauernstaat wurde verwißt und in Blut gebadet. Zuerst wurde durch Beheimagenten und die Schwarzen Hundert die Ordnung über den Haufen geworfen, und dann wurden die Soldaten gescholt. Aufruhr und Böbelherrschaft regierten in den ländlichen Distrikten. Tag und Nacht erfüllte der Rauch von brennenden Bauernhöfen, Warenhäusern, Dörfern und Städten die Luft. Dynamit trat in Wirkung

Eisenbahnbrücken und Zuntels wurden in die Luft gesprengt und Eisenbahnzüge zerstört. Die armen Bauern wurden massenhaft erschossen und aufgehängt. Die Wiederherstellung war bitter, und mancher Offizier der Autokratie und der Armee wurde ermordet. Blut und Rache hatten die Männer im Herzen. Die regulären Truppen kämpften mit den Bauern so wild, als ob sie Indianer gewesen wären. Und die Truppen hatten Grund dazu. Achtundzwanzigtausend davon waren in einer Reihe von furchtbaren Dynamitexplosionen in Oregon gelötet worden, und auf gleiche Weise wurde eine Anzahl Bahnladungen zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten vernichtet. So kam es, daß die regulären Truppen so gut wie die Bauern um ihr Leben kämpften.

Das Milizgesetz von 1903 trat in Kraft, und die Arbeiter des einen Staates wurden unter Androhung von Todesstrafe gezwungen, ihre Arbeitskameraden in anderen Staaten niederzuschließen. Natürlich wickelte sich das Milizgesetz zuerst nicht glatt ab. Viele Milizoffiziere wurden ermordet, und viele Milizleute wurden standrechtlich erschossen. Die Prophezeiung Senats in den Fällen Rowall und Asanunfergingen überraschend in Erfüllung. Beide waren milizpflichtig und beide wurden ausgewählt, in der Strafexpedition Dienst zu tun, die von Kalifornien gegen die Bauern von Missouri ausgesandt wurde. Rowall und Asanunfer verteidigten den Dienst. Es wurde kurzer Prozess mit ihnen gemacht. Sie wurden vor das Stengericht gebracht, und die militärische Hinrichtung war ihr Ende. Sie wurde mit dem Rücken nach der feuernden Sektion erschossen.

Viele junge Männer flohen in die Berge, um dem Dienst in der Miliz zu entkommen. Dort wurden sie zu Banditen, und noch bevor Ruhe eingetreten war, ersetzte sie ihr Schicksal. Es war dräuslich. Die Regierung erließ eine Aufforderung an alle das Gesetz bedrohenden Dörfer, innerhalb von drei Monaten aus den

Bergen wieder heimzukommen. Nach Ablauf dieser Frist wurde eine halbe Million Soldaten überall hin in die Berge geschickt. Da gab es keine Untersuchung, kein Gericht. Wo immer ein Mann sich sehen ließ, wurde er auf dem Feld niedergeschossen. Die Truppen orientierten auf der Grundlage, daß kein Mann, kein Bandid in den Bergen zurückbleiben sollte. Einige Banden, die feste Positionen hatten, kämpften tapfer, aber schließlich fand jeder Deserteur der Miliz den Tod.

Eine unmittelbare Gefahr jedoch wurde der Secie der Bevölkerung durch die Bestrafung eingegrät, die der Miliz von Kansas zugemessen wurde. Die große Kansas-Meutei geschah zu Beginn der militärischen Operationen gegen die Bauern. Sechstausend Milizleute meuterten. Sie waren mehrere Wochen sehr unruhig und trotzig gewesen und aus diesem Grunde im Lager festgehalten worden. Ihre offene Meutei war jedoch zweifellos von den agents provocateurs herbeigeführt worden.

In der Nacht des 22. Aprils erhoben sie sich und ermordeten ihre Offiziere; nur eine kleine Anzahl dieser entkam. Dies ging über den Plan der Eisernen Ferkel hinaus, denn die agents provocateurs hatten zu gute Arbeit getan. Aber alles war für die Eisernen Ferkel von Vorteil. Sie hatte den Aufstand vorbereitet, und die Ermordung so vieler Offiziere gab ihr die Berechtigung zu dem, was danach folgte. Wie hingezaubert umgaben vierzigtausend Soldaten der regulären Armee die Widerstandigen. Es war eine Falle. Die unglücklichen Milizleute merkten, daß an ihren Maschinengehören Veränderungen vorgenommen worden waren, und daß die Patronen aus den erhobenen Magazinen nicht hineinpaketen. Sie hielten die weiße Flagge, aber das wurde nicht beachtet. Da blieb keiner am Leben. Gewöhnliche Granaten und Schrapnell wurden aus der Entfernung auf sie geschert, und wenn sie in ihrer Beweisung gegen die Unstän-

gungslilien ankümmten, wurden sie von den Maschinengehören niedergemacht. Ich sprach mit einem Augenzeugen darüber, und er sagte, daß kein Milizmann näher als auf hundert fünfzig Meter an die Maschinengehören heranzukommen sei. Die Erde war mit Zoten bedeckt und zum Schluss stampfte ein Kavallerieangriff mit dem Brandeln der Pferdehufe und mit Revolver und Säbel die Vertwundeten in den Boden.

In die gleiche Zeit der Bauernmordung fiel die Revolte der Kohlenbergleute. Diese Revolte war der Todesstampf der organisierten Arbeiter. Dreihundert Millionen Bergleute traten in den Streik. Aber sie waren zu weit über das Land verteilt, um ihre Stärke auszuüben zu können. Sie wurden in ihren eigenen Distrikten abgehandelt und zur Unterwerfung gebracht. Das war das erste große Slavenkrieg. Bred verdient sich dabei keine Sporen als Slavenaufseher und den tödlichen Haß des Proletariats. Zahllose Mordversuche wurden gegen ihn gemacht, aber er schien geselzt zu sein. So war es, der für die Einführung des russischen Passierscheinensystems in den Bergleuten verantwortlich war; ferner dafür, daß ihnen das Recht der Freizügigkeit genommen wurde.

Englischen blieben die Sozialisten fest. Während die Bauern in Feuer und Blut untergingen und die organisierten Arbeiter auseinandergerissen wurden, hielten die Sozialisten ihren Frieden und vervollkommneten ihre geheime Organisation. Die Eisernen Ferkel, die anfangs zögerte, auf einmal mit dem ganzen Proletariat abzurechnen, fand die Arbeit leichter, als sie erwartet hatte, und hatte nichts lieber gewünscht, als einen Aufstand unsererseits. Wir wichen aber aus, trotz der Tatsache, daß agents provocateurs unter uns umberschwärmten. In jenen Tagen waren die Agenten der Eisernen Ferkel etwas schwerfällig in ihrem Verfahren. (Fortsetzung folgt)

Ein falsches Attentat gegen eine sozialdemokratische Zeitung im Ruhrgebiet

Auf Mitteilung des sozialdemokratischen „Vollfreundes“ haben die Faschisten einen nächtlichen Sprengungsversuch an dem Geschäftsgebäude des „Vollfreundes“ in Duer in der Gerner Straße unternommen. In die Geschäftsräume der Buchhandlung hatte man ein Paket mit zwei Handgranatenabzeln hineingeworfen. Die daran befestigte Zündschnur war bereits bis auf einen Zentimeter abgebrannt, als ein die Räume kontrollierender Genosse hinzukam und die Explosion verhindern konnte.

Rußlands und Deutschlands Rot- und Brotgemeinschaft

Die neue Nummer von „Siegel und Hammer“ (deutsche Ausgabe), der illustrierten internationalen Arbeiterzeitung, erscheint in diesen Tagen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir besonders hervor die Bilder über die Verteilung des russischen Brotes im Ruhrgebiet. Ebenfalls in das Ruhrrevier führt ein hochinteressanter technologischer Artikel, der den Zusammenhang zwischen Kohle und Eisen einerseits und der Verfassung und Verfassung des Proletariats andererseits in klarer verständlicher Form in Wort und Bild aufzeigt. Dieser Aufsatz ist durch glänzende Diagramme und Zeichnungen besonders wertvoll und erweitert erfreulicher Weise den Rahmen der Zeitschrift. Ueber das „Zentralhaus der Bauern“ in Moskau unterrichtet ein anderer Artikel mit Wort und Bild. Ueber die politischen Zeichnungen von George Grosz schreibt die Genossin O. O. L. Alexander einen durch Zeichnungen von George Grosz illustrierten interessanten Artikel. Die „Bilder vom Tage“ bringen Aufnahmen von Märschern in Moskau und Berlin, ferner ein sehr gutes Bild des Genossen Worowski, der einem falschigen Mordanschlag zum Opfer fiel. Ein anderes

Bild zeigt die russischen Genossen, die im Auftrag der russischen Gewerkschaften das Brot ins Ruhrgebiet bringen. Andere Photographien und wichtiges Material ergänzen diese Nummer. Besonders möchten wir noch auf eine Modelle von Viktor Manin hinweisen, die die Frage der zaristischen Anleihe behandelt.

Da immer mehr Nachbestellungen von den bisher erschienenen Nummern von „Siegel und Hammer“ einlaufen, die nicht berücksichtigt werden konnten, bitten wir unsere Komitees und Bezugsleiter, Bestellungen umgehend, spätestens aber bis zum 20. Mai, an das unterzeichnete Komitee einzusenden.

Reichskomitee der Arbeiterhilfe für Sowjet-Rußland, Berlin W. 8, Unter den Linden 11.

Bei dem Blutbad der Faschisten in Eilenburg

wo sich die Stahlhelmbanden auf unsere Genossen wie eine losgelassene Meute stürzten, wurden über 100 Verletzte, darunter 37 Schwerverletzte, gezählt. Genosse Michaelis, auf den sich die Stahlhelmbanden mit besonderer Wut unter dem Ruf stürzten: „Schlagt den Hund tot“ wurde mit Waffen dermaßen zugerichtet, daß er, aus vielen Wunden blutend, bestimmungslos zusammenbrach. Unter den Verletzten befinden sich neben Frauen und Kindern auch sozialdemokratische Arbeiter, die noch vor wenigen Tagen die gemeinsame Bildung von Hundertschaften absahen. Sie dürften nunmehr eines Besseren belehrt sein. Die Eilenburger Polizeibeamten sahen ruhig zu, wenn Arbeiter mißhandelt wurden, gingen aber mit gewöhnlichem Säbel gegen sie vor, wenn sie sich wehrten. Hier hilft nur eins: Hinein in die proletarischen Hundertschaften!

Keine Arbeiterregierung, sondern Große Koalition

Seilmanns Geständnis

Der Sinn der Landtagsaktion der USPD-Kämpfer gegen die Kommunisten ist die Große Koalition im Reich.

Am letzten Dienstag stellten Berliner Betriebsräte, darunter viele USPD-Arbeiter, die sozialdemokratische Landtagsfraktion wegen der

Bergverletzung der Kommunisten zur Rede.

Ein USPD-Arbeiter erklärte: Es habe den Anschein, als ob die ganze Aktion gegen die kommunistischen Abgeordneten nur dazu dienen solle, die große Masse der Arbeiter von der Politik der USPD abzulenken.

Worauf Seilmann erklärte:

Ein politisches Motto liege dem Vorfall nicht zugrunde. In Preußen bestände die Große Koalition; im Reich werde sie bestimmt kommen, da an eine Arbeiterregierung und an Zusammenarbeit mit den Kommunisten nicht zu denken sei.

Seilmann gibt also offen zu: daß die USPD-Führer entschlossen sind, die Kapitulation vor Stinnes zu vollziehen.

So sieht die französische Kommunistenfreundschaft aus!

Die französisch-belgischen Befahungsbehörden haben neuerdings folgende Arbeiterorgane verboten:

Die kommunistische „Arbeiterzeitung“ in Oelfenbrücken bis zum 1. Juli und das Organ des Bergarbeiterverbandes, das Essener „Ruhr-Sch“ und die Düsseldorfser „Freiheit“ werden noch immer unterdrückt.

Von einem Verbot sozialdemokratischer oder bürgerlicher Zeitungen hört man nichts. Sie dürfen sich unter der französischen Zensur

und diese gleiche Presse erschreckt sich immer noch, von einer Freundschaft zwischen Kommunisten und Franzosen zu plärren.

Wie Frauen in Oesterreich kämpfen

Bei dem Bergarbeiterstreik in Oesterreich verhinderten Frauen und Jugendliche, indem sie sich auf den Gleisen aufstellten, das Ausziehen der Kohlentragwagen, worauf 2 Kompagnien Reichswehr eintrafen, die mit geladenen Gewehren, mit gefülltem Bajonett gegen die Massen vorgingen.

In Ober-Oesterreich beschränkten in einer Gummi-Fabrik (Reithofer-Werke) die Arbeiterinnen drei Christlich-soziale aus dem Betrieb. In einer Streikbesammlung in derselben Fabrik stimmten die Arbeiterinnen mit Zweidrittel-Mehrheit für die Fortführung des Streiks, während die Arbeiter mit Zweidrittel-Mehrheit gegen den Kampf stimmten.

Vom Tage

Gochwasser- und Sturmfluten

Fürstberg a. W., 16. Mai

Schwere Wellenbrüche entluden sich dieser Tage über die Umgebung von Fürstberg an der Weser. Die Wassermassen bahnten sich einen Weg durch das Dorf Fürstberg und die Gasse der Fürstberger Porzellanfabrik. Die gesamten Brennhäuser der Porzellanfabrik und die vier Brennfen wurden unter Wasser gesetzt. Die Muttererde, die die Wasserfluten mit sich führten, verschlammten die Brennhäuser und die Brennfen, so daß die letzteren unbrauchbar geworden sind; sie müssen abmontiert und neu gebaut werden. Der Sachschaden, den die Fabrik erleidet, beträgt ungefähr 50 Millionen Mark. Er wird dadurch noch vergrößert, daß der Betrieb für etwa 14 Tage stillgelegt werden muß.

Streibriden, 16. Mai

Ein Gewittersturm, verbunden mit Wolkenbrühen, hauchte auf dem Jahrmarkt in Zweibrücken. Sämtliche Buden und Verkaufsstände wurden zusammengewirren und Waren aller Art fortgeweht. Ganze Stöße von Papiergeld, im Werte von mehreren Millionen, entwandten. Am Bahnhof in Zweibrücken wurde ein Eisenbahnwagen durch die Wassermergen in Bewegung gesetzt; der 23-jährige Lehrer Theodor Förner, der infolge der Staubwolken den Wagen nicht sah, wurde überfahren und tödlich verletzt in die Klinik gebracht.

Genosse und Genossin werbe eifrig für Dein Partei-Organ.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Kurt Dombrowski, für den Inseratenteil: Max Schatz, Rotationsdruck und Verlag: Produktions-Gesellschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Veranstaltungs-Kalender.

Jede Zeile unter dieser Rubrik kostet 50 Mark.

KPD Bezirksleitung: Büro u. Kasse: Breslau, Erdingerstr. 50, Tel. Ring 8837, Schloßstr. 12, Delfner, Breslau, Erdingerstr. 50.

Breslau, Freitag, den 18. Mai, abends 7 Uhr, in Bratko-Lawin, Hauptstadt: Wichtige Mitglieder-Versammlung der Genossen und Genossinnen werden erbeten. Eintrittskarte: 10 Mark.
Witten-Rohberg, Sonntag, den 20. Mai, vorm. 9.30 Uhr, in Bratko-Lawin (Gewerkschaftshaus) Witten, wichtige Mitglieder-Versammlung der USPD. Tagesordnung ist möglich, Programm erbeten.
Witten, Montag, den 21. Mai, früh 7.30 Uhr, Sammelstunde der Genossen. Die Genossen werden erbeten, Frauen, Kinder und Enkelkinder mitzubringen. Jugend tritt bis ebenfalls am selben Ort. Generalkonferenz Sonntag 8 Uhr nach Gleiwitz. Teilnahme Johne und Witten wird erwartet.
Witten-Rohberg, Sonntag, den 21. Mai, abends 6 Uhr, bei Herrn Röhren: Mitglieder-Versammlung. Für Genossen und Genossinnen sowie die Jugend hat zu erscheinen.
Peterswälden, am Sonntagabend, den 19. Mai, abends 7 Uhr, findet in Witten-Rohberg, Ober-Witten-Rohberg, eine offene Mitglieder-Versammlung statt. Enkelkinder und Jugendkinder sind willkommen.

Andere Organisationen

Witten-Rohberg, Gemeinschaft proletarischer Freidenker, Sonntag, den 19. Mai, abends 6 Uhr, im Witten-Rohberg, Witten, Hauptstadt, Mitglieder-Versammlung.
Witten-Rohberg, Witten! Handwerker aller Berufe können Aufnahme finden in den Zentral-Kranken-Hilfs-Vereinen der Schmiech und vom Gewerbe Deutschlands. Begr. 1. 8. 1892. Jahressatz Preis 20 Mark. Bestellungen jeden 1. Sonntag im Monat, abends 6 Uhr, im Witten-Rohberg, Witten, Hauptstadt, Hauptstadt 1. Bestellungen nimmt entgegen. Bestellungen 4-7 Uhr abends, Sonntag von 11-1 Uhr abends bei der Hauptstadt 23. Witten-Rohberg, Witten, Hauptstadt, Hauptstadt 1, part. 2. für Post.

Paul Scholz & Co.

Gleiwitz / Telephone Nr. 1467 / Ring 15

Kaufhaus für Damen- und Kinder-Konfektion

Kleiderstoffe, Seidenstoffe, Gardinen, Teppiche, Leinen, Wäsche, Kurzwaren

Billigste Preise! Reelle Bedienung!

KAUFHAUS W. LESCHZINER

Nikolaistraße 22 GLEIWITZ OS. Nikolaistraße 22

Allergrößtes Geschäfts-Haus für MANUFAKTUREN

Spezial-Abteilung: Herrenkonfektion, Schuhwaren, Wäsche.

Achtung! Gewerkschaftshaus

Gleiwitz - Koselerstrasse 3

2. Pfingstfeiertag, vorm. 10 Uhr Frühchoppen

nachmittags 6 Uhr Künstler-Konzert

Mit gut gepflegten Getränken u. Speisen empfiehlt sich der Diner Bloch.

Beachtet unsere Inserenten!

Arbeiter! Beachtet mein Friseurgeschäft

Zeitung liegt aus.

M. Brünn An den Kasernen 5.

Gemeinschaft proletarischer Freidenker, Witten

Sonntag, den 20. Mai (1. Pfingstfeiertag)

Sommerfest

Aufführung des Lustspiels Der Jesuit und der Freidenker Humoristische Vorträge

Einlaß 4 Uhr. Anfang 5 Uhr.

Alle Parteigenossen, Freunde und Gönner sind herzlichst dazu eingeladen.

Der Festausschuß. Der Vorstand.

Einen neuen Leser, Genosse!

WALTER & CO. - GLEIWITZ

West- u. Ost-Oberschlesiens größtes Bekleidungs-Spezialhaus der Herren- und Knaben-Bekleidungs-Industrie

Sohlenleder-Ausschnitt

in allen Größen u. Stärken preiswert Gebr. Tischler Lederhandlung Weldenstraße 4 Filiale: Sandstraße 16.

BOBROWSKY & ZELLNER

Allergrößtes Spezial-Haus für Manufakturwaren, Modewaren, Leinen- und Baumwollwaren am Platze

FERNSPRECHANSCHLUSS-NR. 272 RING 22 GLEIWITZ RING 22